

aus Deutschland



>> Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben. << (Israelische Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948)

Stipendien–Aufenthalt in Israel

vom 16. Oktober bis zum 6. Dezember 2015

Entwicklungen eines zukunfts-fähigen Zusammen- lebens – Eine Rechercheise durch Israel und die palästinensischen Gebiete

von Benedikt J. Just

Israel, vom 16. Oktober bis zum 6. Dezember 2015



Inhalt

1. Persönlicher Hintergrund	275
2. Prolog	275
3. Israel 2015 – Zeitliche Einordnung des Aufenthalts	277
4. In die Mitte des Konflikts	282
5. Frieden jetzt – Die israelische Friedensbewegung und ihr Wunsch nach Veränderung	288
6. Die Anschläge von Paris und der internationale Terrorismus	291
7. Der Gas-Deal – Ein Kampf um natürliche Ressourcen	293
8. Exkurs: Der zentrale Busbahnhof – Puls Tel Avivs	295
9. Innovation und Gründergeist – Die Start-Up Nation	297
10. Rawabi – Palästinensische Stadt mit Zukunft?	299
11. Fünf Minuten nach Gaza – Die Stadt Sderot	300
12. Israels alte und neue Bewohner – Ein Besuch bei den Drusen	302
13. Gemeinsam leben in Haifa	305
14. Israel und seine Nachbarn: Das haschemitische Königreich	307
15. 50 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen	309
16. Rückblick	310

1. Persönlicher Hintergrund

Im Saarland geboren und aufgewachsen, genauer in Saarlouis, dem ehemaligen Sarre-Libre: der uneinnehmbaren, sternförmigen Festungsstadt des französischen Sonnenkönigs Ludwig XIV. Danach längere Aufenthalte in Dublin, Frankfurt, Amsterdam. Nach Sozialpädagogik-Studium und einem Jahr in der Kölner Ausbildungsredaktion des WDR geht es zum ersten Mal nach Israel: Forschung zum Thema Antisemitismus, eine journalistische Fortbildung für Reporter in Krisengebieten und ein Projekt am Zentrum für Terrorismusforschung Herzliya. Es folgt eine Weiterbildung zum Kommunikationstrainer und ein Master-Studium der Internationalen Beziehungen an den Universitäten Freiburg, Bangkok und Kapstadt mit einer Abschlussarbeit zum Thema Social Media, Radikalisierung und Islamismus. Zwischendurch prägten mich nicht nur die immer notwendiger werdende Terrorismus-Forschung, sondern Medien auf verschiedenen Kanälen: Pädagogisch gelenktes Kinderfernsehen – 'neuneinhalb' für ARD, aktionsorientierte Nachrichten (von SaarTV bis RTL), unterhaltende Politik (Hart aber fair). Aktuell arbeite ich als Kommunikationsmanager für eine internationale Digitalagentur.

2. Prolog

Ein Reisebericht über Israel. Das ist immer auch eine Reaktion auf vorgefertigte Bilder, auf erlebte Diskussionen, auf eine Welt, die in weiten Teilen bereits eine Meinung besitzt zu diesem Land, seiner Geschichte und Politik. Während andere Stipendiaten aus Guinea-Conakry, Französisch-Guayana oder Suriname berichten konnten, ohne dass die meisten Leserinnen und Leser in Sachen Größe, Geografie oder Gesellschaft eine Ahnung hätten, steht der Nahe Osten aus vielerlei Gründen im Fokus europäischer Berichterstattung. Es sei daher gleich vorweg angemerkt: Meine Recherche ist ein persönlicher Erfahrungsbericht und somit ohne Anspruch auf Ausgewogenheit. Selbstverständlich berichte ich so neutral und objektiv wie mir dies möglich ist; ich musste aufgrund der Sicherheitslage jedoch auf einige Reisen und persönliche Treffen in der Westbank verzichten. Um einen mir bereits im Vorfeld der Reise entgegen gebrachten Kritikpunkt zu beseitigen: Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit habe ich in Israel nicht erfahren. Im Gegenteil: Von den scharf geführten und klugen Diskussionen, die ich im Laufe meiner Zeit, sowohl im Privaten als auch bei öffentlichen Veranstaltungen, erleben durfte, kann jeder Nahost-Interessierte nur profitieren.

Weder möchte ich einen Touristenführer mit den kulturellen und landschaftlichen Highlights des Landes schreiben, noch eine dezidiert politisch-historische Reportage abliefern. Vielmehr möchte ich punktuelle Einblicke in eine Region geben, über die wir tagtäglich in den Nachrichten hören und lesen können. Fernab des politischen Schauspiels gibt es viele Chancen und prägende Momente für eine optimistische Zukunft, die erst auf den zweiten Blick deutlich werden. Natürlich gelingt ein solcher Blick in die Möglichkeiten einer versöhnlichen Zukunft nur mit einer einführenden Analyse der Lage, die dem Leser die Situation zum Zeitpunkt meiner Reise verdeutlichen soll. Der Bericht soll weder Schuldzuweisung sein, noch ein Sammelsurium an Fakten bieten, geschweige denn den Anspruch haben, den Konflikt erklären zu wollen. Dazu wurde und wird bereits viel geschrieben – vielleicht zu viel. Der Nahe Osten steht, was seinen Nachrichtenwert angeht, in vielen Redaktionsstuben ganz weit oben.

Außenpolitik ist in Israel seit jeher ein dominierendes Thema. Nicht verwunderlich, nach etlichen Kriegen, die Israel beinahe seine Existenz kosteten und regelmäßigen Aufrufen, nicht nur iranischer Mullahs, wahlweise das Land, die Zionisten oder die Juden zu vernichten.

In den ersten 9 Monaten von 2015 gab es, wenn man israelische Politik aus dem Ausland verfolgte, ein dominierendes Thema, nämlich den sogenannten „Iran-Deal“. Vieles, was sich rund um dieses Thema abspielte, konnte ich verfolgen und war mir sicher, dass der Iran mit seiner Dauerpräsenz in israelischen Zeitungen das politische Top-Thema meiner Reise sein würde. Es kam anders. Zwar spielt die Bedrohung durch einen nuklear aufgerüsteten Iran nach wie vor eine große Rolle innerhalb außenpolitischer Diskussionen, jedoch wurden im Alltag, auf der Straße und in den Medien die Zukunftsszenarien eines ausgedehnten, großen Krieges von andauernden Neuigkeiten zu neuen Anschlagsoffern palästinensischer Terroristen verdrängt. Im Fokus stand also der Aktualität geschuldet die Diskussion um die „3. Intifada“.

Was Israel trotz dieses permanenten Überlebenskampfes so besonders macht, ist sein Erfindungsreichtum und sein Optimismus. Es war für mich daher wichtig, einen Schwerpunkt auf die politischen Dimensionen dieses Landes und dieser Region zu legen. Doch auch im Fortschrittsglauben liegt ein zentrales Element des friedlichen Zusammenlebens. So wie der gelebte Start-Up-Glaube in Israel gleichermaßen Koexistenz und Fortschritt symbolisiert, sind es auf palästinensischer Seite Projekte wie die Plan-Stadt Rawa-bi, die das Potential haben, Menschen zusammenzubringen, ohne Rücksicht auf Religion, Ethnie oder politischer Überzeugung. Wirtschaftliche Abhängigkeiten werden in naher Zukunft für eine gemeinsame Perspektive in der Region ausschlaggebend sein. Sicherlich ist dies kein harmonischer Aus-

blick, der beide Völker zur kurzfristigen Versöhnung leiten wird. Doch können sich auf individueller Ebene ganz praktische Möglichkeiten auf tun, die eine zivilgesellschaftliche Annäherung mit sich bringen. Mit meinem Projekt sollten unterschiedliche Aspekte einer Friedensbildung im Nahen Osten untersucht werden. Der Einsatz gegen Armut, für wirtschaftliche Stabilität und Kooperation sowie für eine freie, demokratische Bildung gehört bei dieser Betrachtung genauso dazu wie ein militärischer Einsatz, wenn Prävention und Dialog gescheitert sind.

Das Heinz-Kühn-Stipendium bot mir die Möglichkeiten, Arbeitsbereiche und Interessen zu vertiefen, die mich seit Beginn meines Studiums beschäftigen. Der Heinz-Kühn-Stiftung möchte ich daher insbesondere dafür danken, diese Region ohne die monetäre Notwendigkeit sofortiger Veröffentlichungen besuchen zu können. Diese Freiheit in der Gestaltung von Reiserouten und Geschichten, führte in vielerlei Situationen zu einer besonderen thematischen Tiefe und zu Reflexionsmöglichkeiten, die mit dem gewöhnlichen Verkaufsdruck eines Beitrags nicht immer in Einklang zu bringen sind. Die folgende Recherchegeschichte ist nur ein Bruchteil von dem, was ich aufnehmen konnte, was ich in den nächsten Wochen und Monaten verarbeiten werde und was mich in den nächsten Jahren prägen wird, nicht nur bei der Bearbeitung von Israel- bzw. Palästina-spezifischen Themen.

3. Israel 2015 – Zeitliche Einordnung des Aufenthalts

Das Jahr 2015 ist ein Jubiläumsjahr für die deutsch-israelischen Beziehungen. Seit 50 Jahren herrscht zwischen den beiden Ländern eine offizielle Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Doch nicht nur darin ist Israel so produktiv wie lebendig. In kaum einem Land der westlichen Welt ist Demokratie auf solch eine praktische Weise erlebbar wie in Israel. Hier zeigt sich Demokratie von der Seite, die sie ausmacht – gleiche Rechte, freie Wahlen und Individualität; aber auch von jener Seite, bei der sie zumindest teilweise an ihre Grenzen kommen kann, nämlich bei einer fortdauernden Notwendigkeit der Verteidigung gegen autoritäre Staaten und terroristische Gruppierungen. Der Umgang mit den arabischen Bevölkerungsteilen steht dabei regelmäßig im Zentrum des innerisraelischen Diskurses.

Eine Recherchegeschichte aus Israel oder Nahost ist immer eine Momentaufnahme. In kaum einem Teil der Welt ist die nahe Zukunft so unvorhersehbar wie hier. Doch neben dieser politischen Dimension gibt es auch den unpolitischen Alltag mit seinen eigenen Regeln. In Tel Aviv, dem wirtschaftlichen Zentrum des Landes, ist im Leben auf der Straße - im Gegensatz zum

Beispiel zu Jerusalem – nur selten etwas von dem zu spüren, was einen an die Dramatik der gewohnten Berichterstattung denken lässt. Von dem sehr persönlichen Umgang der Menschen mit dem permanenten Konflikt werde ich ausführlich sprechen. Doch um zu verstehen, wo Land und Leute zur Zeit meines Aufenthalts stehen, soll zunächst eine knappe Beschreibung der Situation eine Orientierung bieten.

Israel hat in den letzten Monaten eine neue Form des Terrorismus erlebt. Beinahe täglich kommt es auf den Straßen zu tödlichen Angriffen von Menschen, die sich als Palästinenser begreifen. Diese ideologische Bestimmung ist zu machen, da unter den Tätern nicht nur Palästinenser aus der Westbank sind, sondern auch arabische Israelis und Araber aus Ost-Jerusalem. Sicherheitsdienste, Soldaten und Polizisten sind die Hauptziele der Angriffe, es trifft aber auch Zivilisten, Passanten, Kinder und Ältere. Meist werden die Attacken mit haushaltstypischen Gegenständen wie Messern, Schraubenziehern oder Scheren durchgeführt. Weniger häufig wird aus Präzisionsgewehren geschossen, werden Israelis überfahren oder werden Autos bei voller Geschwindigkeit mit Steinen beworfen. Dies ist nicht der Platz den sogenannten Nahost-Konflikt in all seinen Facetten zu beschreiben. Doch bedarf auch diese jüngste Periode der Gewalt einer Einordnung. Betrachtet man den soeben skizzierten Gewaltausbruch, der heute von manchen als „Dritte Intifada“ beschrieben wird, kommen viele Sicherheitsexperten und Journalisten auf den Juni des Jahres 2014 zurück, um eine Erklärung der Gewalteskalation zu liefern.

Im Juni 2014 entführten Palästinenser drei israelische Teenager nahe Hebron im Süden des Westjordanlandes. Bei dem Versuch die Jugendlichen zu finden, durchsuchte die israelische Armee über 800 palästinensische Häuser. Häufig kam es dabei zu Zusammenstößen mit Palästinensern – vier Palästinenser kamen bei den Auseinandersetzungen ums Leben. Sie wurden von der israelischen Armee erschossen. Die Leichen der drei jungen Israelis werden erst einen Monat später gefunden. Im Anschluss kommt es vor allem in Jerusalem zu Spannungen zwischen Juden und Arabern. Im Juli 2014 entführen israelische Jugendliche einen 16-jährigen Araber aus Ost-Jerusalem, ermorden ihn und verbrennen seinen Leichnam.

Auf andauernden Raketenbeschuss aus Gaza reagieren die israelischen Streitkräfte mit einer Militäroperation, die bis Ende August 2014 anhalten soll. Auf israelischer Seite sterben dabei 73 Menschen, in Gaza sind es um die 2.000 Tote. Die dort regierende radikal-islamische Hamas benutzten unter anderem Schulen und Krankenhäuser, um auf ihnen Abschussrampen für Raketen zu installieren. Unter anderem dieses Kriegsverhalten führte zu einer hohen Zahl ziviler Opfer. Häufig wird der Tempelberg als Grund für den Konflikt genannt. Nationalreligiöse Israelis wollen mehr Rechte an diesem

für sie heiligen Ort. Es kommt regelmäßig zu hitzigen Wortgefechten zwischen religiösen Israelis und Arabern. Oftmals muss die Polizei einschreiten und schlichten. Die Palästinenser fühlen sich von den selbstbewusst auftretenden Juden provoziert und wollen keine Änderung des Status Quo, also der von Jordanien aus geführten Souveränität über den Tempelberg samt der Al-Aqsa Moschee. Juden dürfen den Tempelberg zwar betreten, aber religiöse Handlungen wie Gebete sind nicht gestattet. Die nationalreligiöse Partei unter ihrem Vorsitzenden, dem aktuellen Erziehungsminister Naftali Bennett, fordert ein Gebetsrecht von Juden auf dem für Muslime drittheiligsten Ort. Doch Premierminister Netanyahu ahnt die Folgen, die solch ein Schritt in der arabischen Welt haben würde. Er wehrt sich durchaus glaubwürdig gegen alle Gerüchte, dass er diesen Zustand ändern wolle. Die Palästinenser haben ihrerseits ein Interesse daran, den Fokus der aktuellen Unruhen auf die Diskussion um den Tempelberg zu legen. Denn so ist ihnen eine weitreichende Solidarität innerhalb der eigenen Bevölkerung, aber auch unter den umliegenden arabisch-muslimischen Staaten gewiss.

Im September 2015, am Abend vor dem jüdischen Neujahrsfest Rosh Hasana, kommt es dann zu langandauernden Ausschreitungen auf dem Tempelberg. Nachdem sich Steine werfende palästinensische Jugendliche in der Al-Aqsa-Moschee verschanzen, stürmen israelische Soldaten die Moschee. Die Bilder einer Handykamera, die die eingesetzten Blendgranaten inmitten des muslimischen Gotteshauses zeigen, gehen um die Welt.

Kurz nach diesen heftigen Auseinandersetzungen beginnen nicht nur regelmäßige Spontan-Demonstrationen in der Westbank, sondern auch tägliche Attacken auf Israelis. Viele der Angreifer sind sehr jung, der Jüngste erst 11, nur wenige älter als 25. Laut dem israelischen Inlandsgeheimdienst Shin-Bet liegt das Durchschnittsalter bei 20 Jahren. Die meisten von ihnen werden von israelischen Polizisten, Soldaten oder Zivilisten mit Wafenschein „neutralisiert“, das heißt entweder überwältigt, angeschossen oder erschossen. Viele Videos der Angriffe und die anschließenden Reaktionen tauchen bei Youtube auf und vermitteln ein ungefähres Bild des Vorfalls. Manche Situationen bleiben unklar, hier steht Aussage gegen Aussage. Nicht nur in palästinensischen Nachrichten wird diskutiert, sondern auch in den israelischen Abendnachrichten: War ein Messer im Spiel? Wer war der Angreifer, wer das eigentliche Opfer? Fragen wie diese, einmal aufgeworfen, müssen sie schon wieder aktuelleren Meldungen weichen. Zeit zur öffentlichen Aufklärung bleibt oft nicht.

In Israel hat es der tagesaktuelle Zeitungsjournalismus schwerer denn je. Israel ist das Land der aktuellen Newsticker und der sekundengenauen Nachrichten-Apps. Die App „Red Alert“ zum Beispiel gehört auf vielen israelischen Mobiltelefonen zur Standardausstattung. Sie vermeldet innerhalb

von Sekunden nachdem eine Rakete aus Gaza abgefeuert wurde, in welchem Bezirk nun die Flucht in einen sicheren Ort der Umgebung angebracht ist. Alle neueren Häuser sind mit mindestens einem Raum ausgestattet, dessen Wände aus einer dicken Beton-, Eisenmischung bestehen, die einem Raketeneinschlag standhalten können.

Die palästinensischen Angriffe erhöhen das Misstrauen gegenüber arabisch sprechenden und aussehenden Personen. Viele Israelis, mit denen ich gesprochen habe, sind sich der Problematik einer Verallgemeinerung bewusst. Diese Spannungen führten zu einer weiteren Separierung, sagen sie. Laut Angaben palästinensischer Behörden wurden allein seit Oktober dieses Jahres 400 Palästinenser, die jünger als 18 Jahre waren, festgenommen. Grund dafür waren meist Steinwürfe und die Teilnahme an gewaltsamen Protesten. Um potentielle Angreifer und gewaltbereite Demonstranten abzuschrecken, diskutiert das israelische Parlament nun eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Junge Täter sollen bis zu ihrem 14. Geburtstag in geschlossene Einrichtungen eingewiesen und dann ins Gefängnis überstellt werden können. Menschenrechts-NGOs kritisieren diesen Vorstoß. Israel ist unsicher, wie es mit den jungen gewaltbereiten Extremisten umgehen soll. Dabei geht es jedoch keineswegs nur um den Umgang mit jungen Palästinensern, sondern auch um israelische Jugendliche wie die radikale „Hügeljugend“, eine extremistischen Gruppe, die hauptsächlich in der Westbank angesiedelt ist.

Trotz Phasen der Entspannung gegen Ende meines Aufenthaltes, kann man doch davon ausgehen – glaubt man der Mehrheit israelischer Reporter und Sicherheitskräfte, dass spontane, unorganisierte Angriffe für das nächste Jahr als Normalzustand angesehen werden müssen. Diese Art von Gewaltakten wird man nicht verhindern können, vielleicht aber eindämmen. Die Taktik, Häuser der Familien von Attentätern zu zerstören, ist umstritten, könnte aber einen abschreckenden Effekt auf die jungen Palästinenser haben, die das Pro und Contra ihrer Taten abwägen müssen. Denn der Märtyrer-Status, den die palästinensische Gesellschaft jenen verleiht, die „gegen Israel in den Krieg ziehen“, trägt auf der anderen Seite zur Befeuerung einer gewaltsamen Auseinandersetzung bei, da negative Konsequenzen für ihr Handeln aus den eigenen Reihen eben kaum befürchtet werden müssen. Die Glorifizierung von Angriffen auf israelische Zivilisten habe ich in palästinensischen Medien und im Gespräch mit Palästinensern unterschiedlicher sozialer Herkunft häufig wahrnehmen können. Manche finden den gewaltsamen Kampf „vorbildlich“, „heldenhaft“, andere „nachvollziehbar“.

Immer wieder wird von israelischen Sicherheitsexperten darauf verwiesen, dass die rund 120 Attentäter, die in den letzten Monaten verhört wurden, keinen Anweisungen einer Organisation gefolgt seien. Es handele sich

also um Einzeltäter, die aus eigenem Antrieb agiert hätten. Doch auch wenn es keine Organisation wie die Hamas oder die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden sind, die den Terror befehligen, kann man nicht von fehlgeleiteten „Einzeltätern“ sprechen.

Eine gemeinsame Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung und des palästinensischen Center for Policy and Survey Research Ramallah¹ stellt fest, dass 67 Prozent der Palästinenser wahllose Messerattacken auf Israelis befürworten, bei Attacken auf Soldaten liegt die Zustimmungsrage sogar bei knapp 80 Prozent. Eine Eskalation des Konflikts in Form eines bewaffneten Aufstands ist den nationalen Interessen dienlich und effektiver als Verhandlungen, denken 66 Prozent der Befragten.

Während die Messerattacken beklatscht werden, glaubt die Hälfte der Befragten, dass Israel die meisten Messerattentäter einfach grundlos umgebracht hat und es im Nachhinein so aussehen lässt, als wären Menschen angegriffen worden. Gleichzeitig werden also Attacken bejubelt und dennoch kann man sich als Opfer einer israelischen Militärherrschaft fühlen, die nach palästinensischem Blut trachtet.

Es sind diese Phasen der Eskalation, die auch eine große Auswirkung auf die Umfragewerte der arabischen Israelis haben. Fühlten sich im April 2014² noch fast 60 Prozent der 1,7 Millionen Araber als „Teil des Staates Israel und seiner Probleme“, waren es elf Monate später nur noch knapp 30 Prozent. Eine ähnliche Steigerung gibt es im selben Zeitraum bei der Frage nach „gefühlter Diskriminierung“. 2014 fühlten sich 57 Prozent der arabischen Israelis im Alltag als Gruppe diskriminiert, während es 2015 ganze 86 Prozent sind.

Diese Umfragen verdeutlichen auf der einen Seite die Problematik von Vertrauensverlust und Abneigung, zeigen auf der anderen Seite, wie wandelbar – bis zu einem gewissen Grad – die Ansichten nach einer gewissen Zeit der Entspannung sind. Zumindest dann, wenn es um ganz lebenspraktische Dinge geht. Zurück zum Optimismus älterer Umfragen ist es allerdings ein langer steiniger Weg.

Die Palästinenser sind ob des Stillstands der Verhandlungen frustriert und in Israel herrscht derzeit ganz grundsätzlich ein realpolitischer Pessimismus vor. Denn ringsherum übernehmen jihadistische Bewegungen das Ruder – die anfänglichen Hoffnungen der arabischen Rebellion sind dahin. Der sogenannte Arabische Frühling, der 2010 in Tunesien begann, hat gezeigt: Das Eintreten für Demokratisierung und der Einsatz gegen radikale Isla-

¹ <http://www.pcpsr.org/en/node/623>

² <http://www.timesofisrael.com/how-a-year-of-war-and-terror-changed-arab-israelis-views/>

misten können im 21. Jahrhundert nur zusammen gedacht werden. Während der Aufstand in den verschiedenen Ländern der arabischen Welt anfänglich zu einem großen Teil von einer modernen und weltlichen Mittelschicht geprägt wurde, bestimmen heute Gruppen, die den globalen Jihadismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, die Schlagzeilen.

4. In die Mitte des Konflikts

18. Oktober 2015.

Pünktlich zu Beginn meiner Reise nach Israel Mitte Oktober, war sie wieder da, die Frage nach einer Intifada. War bereits die neue Intifada Nummer 3 im Gange? Die beiden ersten palästinensischen „Aufstände“ kosteten mehr als 1.000 Israelis das Leben.

Während beim ersten Aufstand Ende der 1980er Jahre Steine und Molotow-Cocktails die Mittel der Wahl waren, war die zweite Intifada von besonderer Brutalität geprägt: Zahllose palästinensische Selbstmordattentate bestimmten zwischen den Jahren 2000 und 2005 den israelischen Alltag.

Zehn Jahre später spürt man diese Angst erneut. Zwar prägen diesmal keine Bombenattacken die abendlichen Fernsehnachrichten, sondern Messerangriffe, die improvisiert und spontan scheinen und genau dadurch so erschreckend sind. Eine Frau mit Kopftuch, ein 13-jähriger Junge, ein in Jerusalem angestellter israelischer Araber, es scheint, als könne man sich nicht schützen, keine potentielle Gefahrenquelle ausschließen.

Meinen vorläufig ausgearbeiteten Reiseplan stelle ich somit gleich zu Beginn um. Statt mich theoretisch und akademisch dem Konflikt mit dem Iran zu nähern, beginne ich meine Recherchen ganz praktisch auf der Straße, nämlich in den Gassen von Jerusalem, dem Ort, in dem zu jener Zeit dieser sogenannte „Nahost-Konflikt“ förmlich greifbar ist. Waffen gehören in Israel zum Alltag. Zu oft musste man sich in der Vergangenheit verteidigen, wurde überrascht von arabischen Armeen oder terroristischen Anschlägen in den Städten. Man gewöhnt sich schnell an diesen Anblick. Solange zumindest, wie diese Waffen wie eine lästige, zu schwere Sporttasche pflichtbewusst um den Hals getragen wird. Als ich am zentralen Busbahnhof in Jerusalem ankomme, sehe ich die ersten Polizisten allerdings mit Maschinengewehren im Anschlag. Wie angespannt die Lage ist merkt man daran, wie viele Menschen sich mitten in der Stadt auf einem Bürgersteig regelmäßig umdrehen und kontrollieren, wer ihnen gerade folgt oder ob ungewöhnliche Reaktionen anderer Passanten wahrgenommen werden können.

Mein Ziel ist Jabel Mukaber, ein zum größten Teil arabisches Viertel im Südosten Jerusalems. Drei jugendliche Attentäter, die drei Israelis ermor-

deten – zwei von ihnen wollten außerdem gemeinsam einen Jerusalemer Nahverkehrsbus entführen – kamen von hier und so stand der Ort im Fokus, nicht nur der Medien, sondern vor allem der israelischen Sicherheitsbehörden, die die Hauptzufahrtsstraßen mit großen Betonklötzen absperren, um kontrollieren zu können, wer das Viertel verlässt. Was sich im Vorfeld wie eine militärisch durchgezogene Abschottung eines ganzen Stadtteils anhöre, erwies sich vor Ort als ein durchlässiges Netz von Kontrollposten, die hauptsächlich aus gelangweilt wirkenden Sicherheitskräften bestanden. Wer über ein bisschen Ortskenntnis verfügte, der konnte problemlos das Absperrgebiet verlassen.

Während ich etwas planlos durch das Viertel laufe, sehe ich eine Gruppe Kinder, die auf einem planierten Geröllfeld Fußball spielen. Tore sind aufs Pflaster platzierte alte Schulrucksäcke. Als ich näher komme, wird gemurmelt, ich schaffe es mit ein paar arabischen Floskeln das Eis zu brechen. Zwei der sieben Kinder, beide 14 Jahre alt, sprechen ein wenig Englisch. Ich versuche, ein allgemeineres Gespräch zu suchen. Was ist verbindender als der internationale Fußball: „Lionel Messi!“, „Manchester United!“, „Schweinsteiger!“ Ohne viele Worte sind wir sofort im Gespräch. Ins Schwärmen geraten die Kinder, als sie hören, dass ich aus Deutschland komme. Nach den Nationalspielern gehen wir Deutsche Städte durch. Jede Stadt, die sie auch kennen, wird bejubelt. Ich erwähne den israelischen Fußball mit seinen im Vergleich bescheidenen Mitteln. Von dem einen auf den anderen Moment stoppt die fröhliche Runde und das Gespräch fällt auf die aktuelle Situation, ohne dass ich explizite Nachfragen stellen müsste. Eines der Kinder, der 10-jährige Jamal sagt – so wird es mir von den Größeren übersetzt – sein Vater sei von „den Juden“ verhaftet worden. Er soll Steine geworfen haben. Mit der Frage, ob er denn wirklich Steine geworfen habe und wie Jamal das finde, habe ich ein wildes Durcheinander ausgelöst. So, als würde mir jeder nun am liebsten seine eigene Geschichte erzählen wollen. Es seien „Helden“, diejenigen die das Dorf verließen, um „die Juden anzugreifen“. Der Feind, das sind hier synonym die „Zionisten“ und „Juden“. Einer der beiden Älteren fügt hinzu, er würde auch gerne einen Juden erstechen. Auf die Frage wieso er das tun wolle, reagiert er nur ein wenig verlegen, dafür aber mit einer nachdenklichen Rage. Wie erklärt er einem fremden Deutschen nun am besten, was er gerade gesagt hat. Ich glaube nicht, dass es als Provokation gemeint war, bin aber froh, dass ihm anderes – wie zum Beispiel Fußballspielen – aktuell wichtiger erscheint. Die Argumente, die er nennt, kommen mir bekannt vor. Jeder, der sich mit der Geschichte der Region einmal beschäftigt hat, kennt die klassisch dichotome Weltsicht und die einseitigen Schuldzuschreibungen: „Die Juden haben mir mein Land genommen. Wir haben hier schon immer gelebt.“ Ob man nicht einfach friedlich neben-

einander existieren könne? Es beginnt eine Aufzählung bekannter und unbekannter Verschwörungstheorien. Muslime und Palästinenser sind hier die Opfer und alle internen Spannungen und Streitereien werden beiseite gewischt. Der Feind kommt von außen und mit diesen Juden ist kein Friede zu machen, denn „die wollen uns behandeln wie Sklaven ohne Rechte.“

Es folgt eine wilde Diskussion mit einer kruden Mischung aus islamischen Phrasen, Nationalstolz, Verschwörungstheorien und Hass auf alles Israelische. Die Argumente und Anschuldigungen sind zu paradox, als dass ich sie mir im Detail merken könnte. In diesem Moment wurde mir klar, wie tief die Ressentiments sitzen. Was nach Alltag aussieht, ist in vielen Vierteln ein Pulverfass, das jederzeit zu einem neuen Brennpunkt von Auseinandersetzungen werden kann. Wo dieser Hass herkommt – und wie man ihm möglicherweise begegnen kann – das sollten Fragen sein, die meine Recherche von Anfang an begleiten würden. Plötzlich wurde aus der Theorie erlebbare Praxis.

Ich versuche die Situation zu entschärfen, zeige Verständnis für ihre Wut über das Vergangene und versuche, zumindest eine Prise Optimismus für die Zukunft zu schöpfen. Doch gebe ich nach einem kurzen Schlagabtausch über Nutzen und Schwierigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens auf und lenke das Gespräch zurück zu seinem Ausgangspunkt. Und da steht Deutschland vor seinem nächsten Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft.

So schnell wie wir 20 Minuten vorher im Gespräch waren, so schnell hat die Gruppe wieder ihr Interesse verloren und fängt an zwischen den beiden Toren johlend hin und her zu laufen. Eine kurze Pause vom Spiel, eine Diskussion über das Leben, viel Geschimpfe über die Politik und weiter geht es mit ihrem täglichen Hobby.

Was macht diese Wut, diesen Hass aus? Die meisten Kinder dieses Dorfes, so erfahre ich später, gehen auf die Schule des Ortes, die der Gemeindeverwaltung Jerusalems untersteht. Es ist also nicht die Palästinensische Autonomiebehörde, die diese Kinder mit einem streitbaren Lehrplan erzieht. Von einer „Facebook-Intifada“ liest man in den großen englischsprachigen israelischen Tageszeitungen Haaretz und Jerusalem Post. Nicht alle Jugendlichen, die einen Messeranschlag verüben, nutzen Facebook, dennoch lässt sich der Einfluss sozialer Medien auch hier nicht verkennen. Propaganda verbreitet sich schnell, zielgruppenorientiert und ist überall zugänglich. Außerdem verbreiten soziale Medien Emotionen in enormer Geschwindigkeit. Emotionen, die durch wahre oder inszenierte, originale oder aus dem Zusammenhang gerissene Bewegtbilder hervorgerufen werden, können aufputschen und ein Auslöser sein. Dieses Material zu überprüfen ist oft erst sehr viel später möglich oder überhaupt nicht im Interesse der Auto-

ren, wenn es nur noch darum geht, ein bestehendes Ressentiment zu bestätigen. Es entsteht gleichzeitig ein Kult um jene, die zu einem Messer greifen, das als Waffe so verfügbar und omnipräsent ist, wie die Verzweiflung, mit der der mörderische Einsatz durch die palästinensische Gesellschaft hinweg gutgeheißen, legitimiert oder gerechtfertigt wird. Eine eindeutige Verurteilung hörte man von Abu Mazen, dem Chef der palästinensischen Autonomiebehörde nicht. Im Gegenteil, verkündete er doch öffentlich, dass „jeder Tropfen Blut, der in Jerusalem vergossen wird“ selig und rein sei und dass jeder „Märtyrer“ das Paradies erreichen werde (16.09.2015).

Mit einem älteren Gemüsehändler an einer gut besuchten Straßenecke komme ich sofort ins Gespräch als ich mit ein paar wenigen Worten Arabisch versuche, einen frischen Orangensaft zu bestellen. Ich frage ihn, wie er zu den Aussagen der Jungs steht, mit denen ich kurz vorher ganz in der Nähe sprechen konnte. Es stellt sich heraus, dass Yassin, wie er sich am Ende unseres Gesprächs – als er mir Allahs Segen mit auf den Weg gibt – vorstellt, ursprünglich aus dem Norden Israels kommt, aus einem kleinen arabischen Ort mit wenig Aussicht auf Arbeit und sozialen Aufstieg. Er sei vor 20 Jahren nach Jerusalem gezogen, um dort als Touristenführer zu arbeiten, denn er interessiere sich für die Geschichte und alte Relikte. Eine Auswahl seiner liebsten Stücke, meist durch Menschenhand vor hunderten von Jahren geformte Steine, ziert einen Teil seiner gläsernen und etwas verwahrlost aussehenden Auslage. Ein paar Joghurts ergänzen das triste Bild und lassen erahnen, dass Yassin seiner eigentlichen Berufung nachtrauert. Er persönlich, so beteuert er mehrfach, lehne jegliche Gewalt von allen Seiten strikt ab. „Was haben uns Gewaltakte gebracht? Was hat uns die erste und die zweite Intifada gebracht? Die Leute müssen nach den vielen Jahren des gegenseitigen Mordens endlich Lernen vernünftig zusammenzuleben.“ Auf die Frage, wer denn für diese hier so greifbare Aussichtslosigkeit verantwortlich sei, verweist er auf die israelischen Behörden, die sich für arabische Dörfer und Stadtteile generell nicht interessieren. „Es gibt keine geregelte Müllabfuhr, die Polizei kommt nur, wenn sie eins unserer Kinder als Terroristen festnehmen will.“ Auch er sieht, nach vielen weiteren Beispielen von Missständen in seiner Nachbarschaft, die al-Aqsa Moschee von den Israelis bedroht. Ein Glaube, so ist mein Eindruck, der gläubige und nichtgläubige israelische Araber und Palästinenser vereint. Die israelische Regierung dementiert zwar immer wieder, den Status-Quo des Tempelbergs ändern zu wollen, doch führen Zugangsbeschränkungen von jungen Erwachsenen bis zu einem bestimmten Alter und bewusst herbeigeführte Provokationen religiöser israelischer Splittergruppen zu dem Eindruck, dass eine der heiligsten Stätten des Islams und Palästinas verteidigt werden müsse. Gegen Ende unseres Gesprächs zeigt auch Yassin Verständnis für eine frustrierte

Jugend, die nicht nur aufbegehrt, sondern sich auch der Gewalt zuwendet. So lange es Soldaten und Polizisten treffe, sei diese Gewalt schließlich doch gerechtfertigt, findet er. Einige weitere Begegnungen im Ort lassen den Eindruck zu, dass Gewalt bei den meisten nicht das erste Mittel der Wahl ist, diese aber in der aktuellen Situation der gefühlten Ausweglosigkeit als adäquates Mittel der Auseinandersetzung rechtfertigen.

Nach ein paar Tagen sollte sich die Situation vor Ort verschärfen. Nicht nur die Betonquader an den Zufahrtsstraßen wurden vermehrt, auch eine Mauer wurde gebaut, die für zusätzliche Sicherheit sorgen soll. Die Regierung kommt durch diese Sicherheitsmaßnahmen auch von rechter Seite in Bedrängnis, lässt sich doch die „ewige und unteilbare Hauptstadt“ immer schwieriger als ungeteilt darstellen. Als Reaktion auf die Terrorakte in der israelischen Hauptstadt selbst, wurden immer weitere Sicherheitsbeamte zur Überwachung der Stadt einbestellt, die Busse und Straßenbahnen beschützen sollen.

Mit Muhammad, den ich im Laufe meiner Reise am Busbahnhof von Akko kennenlerne, bespreche ich die aktuelle Situation seines Heimatortes. Er ist in jenem Ost-Jerusalem aufgewachsen, das 1967 im sogenannten Sechs-Tage-Krieg von der israelischen Armee eingenommen wurde. Der weit über 50 jährige beschreibt die Jahre vor der ersten Intifada 1987 als eine Zeit des meist harmonischen Zusammenlebens. „Juden aus dem Westteil der Stadt besuchten unsere Märkte und Restaurants, es gab nie Probleme.“ Dann begannen die Übergriffe der Palästinenser, die dafür sorgten, dass Juden immer öfter fernblieben. Auf die erste folgte die Zweite Intifada, die zwischen 2000 und 2005 130 Selbstmordattentate über das Land brachte. Pizzerien, Busse, Diskotheken wurden getroffen. Der damalige Premierminister Ariel Sharon sah sich gezwungen, dagegen mit dem Bau eines Grenzzauns zu reagieren; eine physische Teilung, die der Sicherheit dienen sollte. „Diese Mauer“, so argumentiert Muhammad, „hat das Leben für die Bewohner des Ostens stark eingeschränkt.“ Israelis argumentieren mit dem massiven Rückgang von Terrorismus, seitdem es diese Sicherheitsabspernung gebe, die eines der teuersten Infrastrukturprojekte des Landes ist. Über den genauen Verlauf dieser Sperranlage gibt es seit Beginn des Baus erbitterte Diskussionen, Proteste und Gerichtsentscheidungen. Der Vorwurf: Der Bau führe häufig nicht entlang der sogenannten „Grünen Linie“, der Demarkationslinie, die einen zukünftigen Palästinenserstaat abgrenzen soll.

Auf dem Rückweg per Reisebus aus Jerusalem höre ich noch am Ticketschalter von einem Anschlag in Beer Sheva. Diesmal wurde nicht nur zugestochen, sondern geschossen. Während ich merke, wie die Passagiere gebannt die Radio-Nachrichten durch die Lautsprecher des Busses verfolgen, frage ich bei meinem Sitznachbarn nach, was genau denn passiert ist.

Er nennt mir die zu dieser Zeit bekannten Fakten: Beer Sheva, Bushaltestelle, es wurde geschossen, es gab Tote, vermutlich „nationalistisch motiviert“ – Synonym für einen palästinensischen Hintergrund. So kommen wir ins Gespräch.

Yuval erzählt mir, dass es nun sein vorerst letzter Ausflug nach Jerusalem war. Er hatte sich hier zwar um einen Job beworben, doch sei er froh, dass das Gespräch so schlecht lief, dass es wohl ohnehin nichts werden würde. Froh sei er – und damit steht er stellvertretend für die allermeisten jungen Tel Aviver – wieder zurück in die Stadt am Mittelmeer zu fahren. Tel Aviv scheint so etwas wie die liberal-mittelständische Ruhe-Oase für die Israelis zu sein. Ein Großteil wählt hier sozialdemokratisch die linke Arbeiterpartei „Avoda“, ist weder besonders religiös, noch besonders nationalistisch. So auch mein Sitznachbar, der gerade ein IT-Studium abgeschlossen hat und mir auf der 2-stündigen Rückfahrt in der Rushhour von seinen Ansichten der aktuellen politischen Lage erzählt. Für ihn sind die palästinensischen „Wutausbrüche“ der letzten Wochen verständlich, denn die Diskriminierung und Schikanen, die Araber in Israel erleben, seien mittlerweile Alltag geworden. Wer dafür die Schuld trage, möchte ich wissen. In Deutschland zum Beispiel, erzähle ich ihm, werden oft Siedlungsbau und eine mutmaßlich rassistische israelische Regierung für die aktuelle Lage verantwortlich gemacht. Diese einseitigen Schuldzuschreibungen hält Yuval für ungerechtfertigt. Er kenne zwar die Probleme auf israelischer Seite und sei mitnichten ein Fan der aktuellen Regierung, in der Benyamin Netanyahu ganze vier Ministerposten innehat, darunter das Amt des Ministerpräsidenten, aber auch, unter anderem, das des Außenministers. Dieser „sogenannten Regierung“ jedenfalls sei nur ein Teil der Schuld zu geben, warum es im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern keine Lösung gibt und das „mit Sicherheit auch in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren nicht.“ Palästinenserpräsident Abbas, der immer wieder unterschiedliche Botschaften verkündet – es sich auf der einen Seite mit israelischen Sicherheitskräften nicht verderben will und dabei gegen Gewalttäter vorgeht, aber gleichzeitig palästinensische Bluttaten herunterspielt oder sie als einen Widerstand der Jugend verkauft – ist laut Yuval ein „zahnloser Führer, der ohne israelische Mithilfe schon lange nicht mehr an der Macht wäre“. Für Israel sei er das kleinere Übel, aber insgesamt, so wie das „politische palästinensische Kollektiv“ unfähig, einen ernsthaften und tragfähigen Frieden zu schließen, der – und das ist ihm immer wieder wichtig zu betonen – auf friedlichem Zusammenleben beruhe und nicht aus separierter Feindschaft.

Wenige Stunden nach diesem Gespräch wird deutlich, was sich in Beer Sheva ereignete. Nicht nur die terroristische Tat des israelischen Beduinen, der einen Soldaten der israelischen Armee erschoss und zahlreiche

Menschen verletzte, sorgte für Entsetzen, sondern auch die Erschießung eines Eritreers, der irrtümlicherweise für einen Angreifer gehalten wurde. Es stand also nicht mehr nur der eigentliche Anschlag im Mittelpunkt der Schlagzeilen, sondern die Frage danach, warum es ausgerechnet ihn traf, einen Schwarzen, der in dem Moment des Anschlags genauso um sein Leben fürchtete, wie alle anderen Israelis auch. War es Rassismus, der den Wachmann dazu brachte, auf den Eritreer zu schießen? War die Situation dermaßen unübersichtlich, dass man davon ausgehen musste, dass der 29-jährige zu den Angreifern gehörte? Hätte man ihn in diesem Falle nicht auch anders als durch einen Kopfschuss überwältigen können? Als der Eritreer von den Schüssen getroffen am Boden lag, umgaben ihn einige der Anwesenden und traktierten ihn mit Tritten, in der Annahme, dass er es war, der ihnen gerade das Leben nehmen wollte. Gegen vier Israelis wurde Anklage erhoben. Die hierdurch angefachte Debatte traf einen Kern israelischer Moralvorstellungen, ebenso wie die Frage, wie man mit „neutralisierten“ Attentätern umzugehen hat. Die Diskussion über diesen Anschlag sollte die nächsten Wochen hinweg anhalten.

5. Frieden jetzt – Die israelische Friedensbewegung und ihr Wunsch nach Veränderung

Das Datum des 4. November hat sich in das Gedächtnis vieler Israelis eingebrannt, wie kaum ein anderes. Es ist der Tag der Ermordung von Itzak Rabin. Der damalige Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger Rabin war 1995 bei einer Friedenskundgebung von einem jüdischen Extremisten erschossen worden. Rabin hatte den Friedensprozess mit den Palästinensern maßgeblich vorangebracht, sein Mörder Jigal Amir wollte mit dem Attentat diesen Prozess torpedieren.

Fast genau 20 Jahre später sammeln sich alte und neue Friedensaktivisten zum Gedenken am zentralen Rabin Square im Herzen Tel Avivs. „Araber und Juden verweigern sich Feinde zu sein“, „Gegen den Krieg!“, „Die Besatzung muss enden“, „Bibi, geh` nach Hause!“ waren die Sprechchöre der ungefähr 15.000 Demonstranten, die an diesem Abend auf der Straße waren. In Blöcke aufgeteilt ging es einmal quer durch Tel Aviv. Neben sozialistischen Splittergruppen kamen Sozialdemokraten, Anarchisten, altgediente Kibbuz-Kommunisten.

Shlomo Ben-Zion (Name auf Wunsch geändert), Aktivist einer jungen sozialistischen Gruppe, die sich für die Zwei-Staaten-Lösung einsetzt, war nicht zufrieden mit der Anzahl der Teilnehmer und hätte sich die Demonstration etwas kämpferischer gewünscht. „Noch vor ein paar Jahren gingen die

Leute hier mit Kraft und Mut auf die Straße, da sie etwas verändern wollten. Heute glaubt niemand so recht an eine baldige Veränderung. Die Stimmung ist deutlich resignativer geworden.“ Auf dem Schild, das er trägt, steht neben einer ineinander übergehenden israelischen und palästinensischen Fahne der Slogan: „Zwei Staaten für zwei Völker“. Mit welcher Partei das am ehesten zu erreichen sei? Darauf hat der 24-jährige eine klare Antwort: „Nur durch eine gemeinsame Bewegung von Arabern und Juden, über alle ideologischen Grenzen hinweg, kann die aktuelle Lage verändert werden.“ Shlomo sieht dabei auch die palästinensische Gesellschaft in der Pflicht: „Einen Austausch mit palästinensischen Genossen gibt es so gut wie nicht. Zu groß ist die Angst auf dieser Seite, als Kollaborateur bezeichnet zu werden. Das kann richtig Ärger geben. Es ist schwierig, sich als Palästinenser mit Israelis zu treffen.“ Obwohl es für Israelis offiziell verboten ist, Ramallah zu besuchen, war er schon dreimal dort – einmal auf Einladung einer NGO, die dort ihr Büro hat. Den Namen will er nicht nennen, doch was er dort in den Diskussionen erlebt hat, lässt ihn immer noch aufbrausend werden: „Vieles von dem, was dort vorgetragen wurde, war das Gegenteil eines friedlichen Miteinanders. Wirklich unangenehm wurde es dort, als man Mitglieder der Hamas aus Gaza per Skype-Konferenz zugeschaltet hat. Es gibt für mich klare Grenzen, wo Kritik an der Politik meines Landes aufhört. Ohne die Armee könnten wir nicht hier leben. Wenn nun die IDF [Israel Defense Forces] pauschal als Bande von Terroristen dargestellt wird, gegen die auch militanter Widerstand legitim ist, ist eine Grenze überschritten.“ Shlomo ist wohl einer der moderateren Demonstranten. Ein Teil des revolutionären Flügels lehnt die Armee genauso ab wie den Zionismus und hat sich einer radikalen Kritik der israelischen Besatzung verschrieben, die sie nicht nur in der Westbank, sondern auch in den arabischen Dörfern innerhalb der eigenen Staatsgrenzen erkennen.

Am Straßenrand steht eine kleine Gruppe mit blauen T-Shirts und Israel-Fahnen. Sie zählen sich zu einer „rationalen und libertären“, gleichzeitig parteilosen Gruppe, die sich vor zwei Jahren auf Facebook zusammengefunden hat, erzählt mir einer der Beteiligten, die alle im Alter zwischen 25 und 35 sind. Sie mischen Ansichten, die in Deutschland wohl als konservativ und wirtschaftsliberal bezeichnet werden würden, mit einem rechten Verständnis israelischer Sicherheitspolitik. Für sie sind die Demonstranten gleichbedeutend mit Stalinisten, Kommunisten, Sozialisten, die dem israelischen Staat nichts als Ärger brächten: „Alle, die hier demonstrieren sind politisch naiv. Sie verstehen nichts von Wirtschaft oder Sicherheitspolitik“, sagt mir einer von ihnen. „Sie leben in einem Traum, der vor vielen Jahren endgültig gescheitert ist. Und nun gefährden sie unsere Sicherheit.“ Yair ist Likud Anhänger und bekennender Netanyahu Wähler: „Es gibt momentan

keine Alternative zu Bibi. Er ist der mit Abstand erfahrenste und fähigste Politiker und die einzige charismatische Führungspersönlichkeit, die unterschiedliche Strömungen zusammenbringen kann.“

Netanyahu, der im März 2015 in einem umstrittenen Endspurt – für seine last-minute Mobilisierung der Partei-Rechten hat er sich den Vorwurf des Rassismus eingehandelt, als er am Wahltag alarmistisch vor dem Stimmen-gewinn proarabischer Parteien warnte – die Wahlen gewann, gilt zwar bei vielen Israelis nach wie vor als „Mr. Security“, doch schwindet die Unterstützung für ihn in Tagen, in denen der israelische Staat auf die Messerattaken jugendlicher Araber keine Lösung zu haben scheint. Eine von der Jerusalem Post (23.10.) zitierte Umfrage macht den Unmut der Israelis über ihre Führung deutlich. Eine Mehrheit wünscht sich hierin den ehemaligen Innenminister Gideon Sa‘ar als neue Führungsperson. Sa‘ar, der aus Netanyahus Partei, dem Likud, stammt, trat im September 2014 nach Zerwürfnissen mit dem Premierminister aus der Parteipolitik zurück. Er gilt aktuell als einziger ernstzunehmender Gegenkandidat zu Netanyahu und als einer der wenigen Politiker mit Führungsqualitäten. Daher dürfte man schon bald wieder von ihm hören – seine Rückkehr in die Politik sei nur noch eine Frage der Zeit, so ein Kommentar in jener Ausgabe der JPost.

Fast einen Monat und viele Straßengespräche über Parteien und Politik später, steht jemand anderes vor Benjamin Netanyahu auf der Liste der Wunsch-Premiers. Laut des angesehenen israelischen Fernsehsenders Channel 2 ist es Benny Ganz, ehemaliger Generalstabschef, der mit 44% zu 32% vor Netanyahu liegt. Israelis vertrauen bei führenden Politikern auf Armee- und somit Verteidigungserfahrung. In selbiger Umfrage würden nur 28 Prozent der Stimmen auf Isaac Herzog, den Vorsitzenden der Arbeiterpartei, entfallen, wenn dieser aktuell gegen Netanyahu antreten würde. Netanyahu konnte sich genau diese Einstellung der Israelis bei der Wahl im März zunutze machen, als er es schaffte, die Wahl gegen ihn zu einer Wahl der Sicherheitsinteressen zu reduzieren.

Zurück auf die Straße: „Es ist tragisch, aber die Zeiten lassen eine pazifistische oder sozialistische Utopie nicht zu. Umso wichtiger ist es, unsere liberalen Grundwerte zu verteidigen und das gegen religiöse Spinner jeder Art.“ Diese Aussage von einem der Demonstranten gegen die Rabin-Gedenkdemo der israelischen Linken bleibt über meinen Aufenthalt hinweg bei mir hängen. Denn sie verdeutlicht, was einem in Deutschland erspart bleibt, nämlich die Verantwortungsübernahme für politische Forderungen, die in einem realpolitischen Rahmen gestellt werden, der durchaus düsterer aussehen kann, als das, wogegen demonstriert wird. Kurz gesagt: Ein Pazifismus wirkt lächerlich, wenn es die eigene Armee ist, die gegen äußere Feinde sicherstellen muss, dafür auf die Straße gehen zu können.

Eine Woche später kam es in Tel Aviv zu einer offiziellen Gedenkzeremonie der gesellschaftlichen Mitte für Rabin. 100.000 Menschen säumten die Straßen rund um den Rabin Square, etwa ein Viertel der Bevölkerung Tel Avivs mit seinen etwas mehr als 400.000 Einwohnern. Die Stimmung war nun wesentlich nachdenklicher als eine Woche zuvor.

Die ersten Worte sprach der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin, bevor sich US-Präsident Barak Obama mit einer voraufgezeichneten Video-Nachricht an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wandte. Auch Ex-Präsident Bill Clinton, Freund und Weggefährte Rabins, richtete hinter einer Scheibe aus Panzerglas nachdenkliche Worte an die Anwesenden. Es geht um die Zeit der Verhandlungen damals, um das, was hätte werden können und um das, was er im heutigen Israel für kritikwürdig hält: „Ihr alle“, so beginnt er die letzten Worte seiner Rede, „werdet nach dem heutigen Abend entscheiden müssen, wie ihr das Vermächtnis Rabins fortsetzen wollt, für das er sein Leben gegeben hat.“ Es wird klar, Tel Aviv ist links – Netanyahus Partei Likud bekam hier weit weniger Stimmen als in den anderen Landesteilen – und Rabin ist auf den ersten Blick so etwas wie der verhinderte linksliberale Messias, jemand, der die Geschichte hätte entscheidend verändern können und dem in den letzten 20 Jahren kein anderer Politiker mehr gleichkam. In einem Meer aus Luftballons wehen grüne Fahnen der linken Partei Meretz, hunderte Jugendliche tragen T-Shirts der Jugendorganisation der Avoda, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Kinder und Jugendlichen, mit denen ich spreche, kennen Rabin aus dem Elternhaus, sind aufgewachsen mit ihm als Symbol für die Sehnsucht nach einem friedlichen Zusammenleben mit den arabischen Nachbarn, für den Glauben an einen Optimismus, der in Israel immer auch Risiko bedeutet.

6. Die Anschläge von Paris und der internationale Terrorismus

Kurz vor Mitternacht des 13. November sprachen sich die Neuigkeiten über die Terroranschläge von Paris blitzartig herum. Es war ein ungewöhnlich warmer Herbstabend, der die Menschen nach draußen und in die Kneipen und Cafés des zentralen Rotschild Boulevards zog. Mit jedem Update der mobilen Live-Ticker und jeder neuen Push-Message, die mehr Details ans Licht brachte, wurde die Stimmung angespannter. Ein paar Stunden später ist klar: Gerade passierte der bisher brutalste islamistische Angriff auf europäischem Boden.

Am darauffolgenden Abend rief der französische Botschafter in Israel, Patrick Maisonnave, zu einer Gedenk- und Solidaritätskundgebung auf. Knapp 5.000 Menschen folgten der Stunden zuvor über Facebook verbreiteten Ein-

ladung und versammelten sich auf dem Rabin-Platz in der Tel Aviver Innenstadt. Viele französische Juden waren unter den Teilnehmern: Auf eine Reihe antisemitischer Attacken in Frankreich folgte in den letzten Jahren eine Einwanderungswelle nach Israel. Von dort kamen im Jahr 2015 die meisten neuen Immigranten nach Israel. „Besorgniserregend“ sei diese Entwicklung, so ein Teilnehmer der Kundgebung, „nicht nur für Frankreich, sondern für die ganze Europäische Union, die Teile ihrer Bürger nicht mehr ausreichend schützen kann.“

Hier, wo vor zwei Wochen Zehntausende dem vor 20 Jahren ermordeten Ministerpräsidenten Itzak Rabin gedachten, wehten nun dutzende französische Fahnen. Das Haus der Stadtverwaltung leuchtete in den Farben der Trikolore. Es sprachen der israelische Ex-Präsident Shimon Peres, der stellvertretende Premierminister Silvan Shalom und der Oppositionsführer der Arbeiterpartei Isaac „Bugie“ Herzog.

Die Israelis wissen, was es bedeutet, im Fadenkreuz von Terroristen zu stehen. Daher ist die Anteilnahme in erster Linie nicht die eines stillen bis nachdenklichen Schocks; spürbar ist vielmehr eine aufgeweckte, kämpferische Solidarität. Attentäter, die aus islamistischer und nationalistischer Motivation Menschen ermorden, sind in Israel nicht Teil einer Horror-Fantasie aus schlimmsten Albträumen, sondern seit vielen Jahren Realität. So sicherte Premierminister Benyamin Netanyahu den Franzosen die sofortige Unterstützung des Geheimdienstes zu und sein Stellvertreter rief auf dem Kikar (hebräisch für Platz) Rabin zum gemeinsamen Handeln auf: „Die unschuldigen Opfer von Paris sind die Opfer des militanten Islamismus. Islamischer Terrorismus greift unsere Gesellschaft an, weil er unsere Zivilisation und unsere Werte zerstören will.“

Tomer kam aus einem kleinen Vorort Tel Avivs zur Kundgebung, um seine Solidarität mit dem Schmerz des französischen Volkes auszudrücken: „Jetzt wachen die Europäer hoffentlich auf. Es ist nicht das erste Mal, aber dass es so heftig wird, hätten wohl wenige für möglich gehalten. Nun hat der Terror Frankreich erreicht. Ich bin gespannt, wie es weitergeht.“ „Vive la liberté!“ stand auf seinem spontan selbstproduzierten Plakat: „Ich bin hier um unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen.“

Die 27-jährige Marie aus Nantes, die vor zwei Jahren nach Israel eingewandert ist, sieht im „ganz normalen Weiterleben“ die beste Strategie „gegen die Ansichten des politischen Islams“ und gegen den Terror: „Das einzige, was wir machen können, ist das Leben zu genießen, als wäre nichts passiert. Alles andere ist ein Sieg für die Islamisten und ihre Sympathisanten. Ich werde gerade heute Abend in eine Bar und später Tanzen gehen – obwohl ich morgen früh schon wieder arbeiten muss.“

Teilweise streuten sich unter die Solidarität aber auch kritische Töne. Ob

es derlei Solidaritätskundgebungen denn auch in Deutschland gäbe, wenn Israel betroffen sei, wollte einer wissen. Viele Israelis haben das Gefühl, in Europa herrsche Empathielosigkeit, wenn es um Anschläge auf Israelis oder Juden geht. Die jüngste Entscheidung der EU für eine Kennzeichnungspflicht von Produkten aus israelischen Siedlungen in der Westbank, die inmitten einer Welle palästinensischer Anschläge auf Israelis kam, wurde als Zeichen der Ausgrenzung wahrgenommen. Premier Netanyahu machte danach deutlich, dass die EU als Verhandlungspartner bei zukünftigen Friedensgesprächen nicht akzeptiert werden würde.

Amir, mit dem ich länger sprechen konnte und der sich als ein „Ex-Fan von Merkel bezeichnet“, sieht einen großen Teil der Schuld bei der europäischen Einwanderungspolitik: „Es werden völlig unkontrolliert zehntausende nach Europa gelassen, ohne Identitätscheck. Isis hat schon häufig gesagt, dass ihre Leute es geschafft haben, sich so nach Europa einzuschleusen.“

Amir, der 34 Jahre alt ist und sein Geld durch den Verkauf von Elektrofahrzeugen verdient, betont mehrfach, dass er mit Muslimen kein Problem hat. Doch in Europa, so sagt er, gäbe es kein Verständnis von islamistischem Terror. „Dort geht man davon aus, dass sich alle Probleme durch Dialoge lösen lassen. Aber das ist Quatsch. Ebenso, wie die Annahme, es sei der Rassismus der französischen Gesellschaft, der Leute zu solchen Gewalttaten verleite. Der radikale Islam breitet sich immer weiter aus. Wir Israelis gehören zu den wenigen, die dieses Problem erkannt haben.“ Die Veranstaltung endete mit dem Abspielen der französischen und der israelischen Nationalhymne.

7. Der Gas-Deal – Ein Kampf um natürliche Ressourcen

Keine innenpolitische Diskussion wurde in den letzten Jahren so intensiv geführt wie die um den sogenannten „Gas-Deal“. Während meines Aufenthalts kam es regelmäßig zu großen Demonstrationen und Diskussionen, Nachrichten waren voll von kritischen Stimmen. Am Ende, Mitte Dezember, hat Netanyahu den Vertrag unterschrieben, der für so viel Wirbel sorgte. Doch worum ging es dabei genau?

Israel bezieht bislang rund 60 Prozent seiner Elektrizität aus natürlichem Gas. Diese im Gegensatz zu Öl und Kohle höchst umweltverträgliche Stromquelle ist dazu noch bis zu 20 Prozent effizienter. Die Entdeckung eines Gasfeldes im Jahr 2009 sorgte für eine große Überraschung. Da mit dieser Menge niemand gerechnet hätte, waren die Verträge, die man in Israel mit den Firmen geschlossen hatte, die nach Gas suchen sollten, nicht entsprechend präpariert. Der Vorwurf: Die Gewinn-Margen stünden ob dieses en-

ormen Fundes in keinem Verhältnis zu Aufwand und Risiko.

Am 14. November gingen in Tel Aviv 10.000 Menschen auf die Straße. Auf großen Plakaten wurde gleichsam ein „Ende der Korruption“ und „wirtschaftliche Gerechtigkeit“ gefordert und in Sprechchören Geschlossenheit der politischen Lager demonstriert: „Ob rechts, ob links, wir sind gegen den Deal!“. Parteiübergreifend sollte vor Vertragsunterzeichnung ein deutliches Zeichen gesetzt werden – gegen den Deal und sein Zustandekommen. Angeführt von roten Fahnen und Aktivisten, die zum großen Teil aus linken Parteien stammten, ging es trommelnd und singend einmal durch die gesamte Innenstadt. Ein Redner spricht bei der Abschlusskundgebung gar von „organisiertem Diebstahl“ und davon, dass die Regierung die größte natürliche Ressource, die je auf israelischem Territorium gefunden wurde, plündern würde. Leviathan heißt das Gasfeld, das die Begehrlichkeiten weckt, verbirgt sich in ihm doch „ein ebenso unerwarteter wie unvorstellbarer Reichtum“, so erzählt mir eine Teilnehmerin der Demonstration. Esther kommt aus der Nähe von Tel Aviv und ist das erste Mal auf einer Demonstration: „Viele hier sind das erste Mal in ihrem Leben auf einer Demonstration. Das zeigt, wie dreist die Regierung hier versucht ein Geschäft zu machen, ohne dabei an die Bevölkerung zu denken. Am Ende wandert alles in die Taschen von ein paar wenigen.“ Das Gasfeld Leviathan macht Israel zu einem big-player in der Region. Das rohstoffarme Land ist plötzlich unabhängig geworden und kann darüber entscheiden, wie es in Zukunft andere Länder mit Gas versorgen wird. Viele hier warnen dennoch vor einem Monopol, das letztlich nur dazu führe, dass der Kaufpreis für Gas für die Israelis steige. „Es gibt in Israel wie in vielen anderen Bereichen auch keinen Wettbewerb, so dass die Firmen, die den Zuschlag einst bekommen haben, darüber bestimmen können, was sie für ihr Angebot verlangen und wer neu auf den Markt kommen darf.“ Doch geht es Esther und vielen anderen Demonstranten nicht nur um eine fairere Ausgestaltung des Gas-Deals. Es geht um viel mehr: „Wir wollen die undemokratischen Aktivitäten rund um diesen Deal anprangern.“ Details über den Deal wurden nicht bekannt gegeben, verhandelt wurde hinter verschlossenen Türen. Selbst Parlamentsabgeordnete mussten sich den Zugang zu Informationen erstreiten.

Neben Esther gibt es auch alte Veteranen der linken Szene, die die Gelegenheit nutzen, an die Sozialproteste aus dem Jahr 2011 anzuknüpfen, die Hunderttausende auf die Straße brachten. Hinter einem Plakat mit der Aufschrift „Bibi, geh nachhause!“ verbirgt sich Doron, Mitte 40 und mit zerzaustem 3-Tage Bart. Ihm gehen die Forderungen, die durch den Lautsprecher tönen, nicht weit genug: „Netanyahu hat Israel in ein Land verwandelt, das verglichen mit anderen westlichen Staaten die teuersten Wohnungen, Autos oder Lebensmittel hat. Ein Leben unter normalen Bedingungen ist für

junge Leute in Israel unbezahlbar geworden. Aber auch viele Ältere leben an der Armutsgrenze.“ Für Doron, der sich dem „links-zionistischen Flügel“ zuordnet, gibt es unter der aktuellen Regierung keinerlei Aussicht auf eine „menschwürdige Zukunft“. Denn „die Eliten sind korrupt, schieben sich gegenseitig Aufträge zu und sind nicht daran interessiert, wie das Volk lebt.“

Mitte Dezember unterschrieb Benjamin Netanyahu, der nicht nur das Amt des Premierministers, sondern auch das des Wirtschaftsministers innehat, den Deal. Und das entgegen der Ablehnung des Finanzkomitees der Knesset. Netanyahu: „Es war unvermeidlich den Deal zu unterschreiben, da er enorm wichtig für die Sicherheit des Landes ist, denn wir wollen am Ende nicht mit nur einem Kraftwerk dastehen.“

Das Gas war ein „Geschenk Gottes“, so Netanyahu. Es mache Israel zu einer potentiellen Energie-Großmacht und stärke somit massiv die Wirtschaft. Exportiert werden soll das Gas hauptsächlich nach Griechenland, Zypern und in die Türkei. Ägypten, noch vor einem Jahr als großer Abnehmer gehandelt, gelang es vor wenigen Monaten, ein noch größeres Naturgas-Feld vor seiner Küste zu entdecken. Israel steht also gewissermaßen unter Druck, noch vor den Ägyptern Abnehmer zu finden und Verträge zu schließen. Energieminister Yuval Steinitz erklärte in Richtung der Kritiker die Notwendigkeit, nun endlich unterschrieben zu haben, mit einem sehr guten Deal für die Bevölkerung: „Die Menschen in Israel bekommen einen größeren Teil der Einnahmen als der Durchschnitt in westlichen Ländern. Es werden ungefähr 60 Prozent des Profits sein.“

8. Exkurs: Der zentrale Busbahnhof – Puls Tel Avivs

Wenn man sich in diesen Tagen oder auch Jahren entlang der Küstenstädte Israels bewegt, wird man feststellen, dass sich dieser Küstenstreifen, an dem sich der allergrößte Teil des israelischen Lebens abspielt und sich die meisten Industrieanlagen befinden, im Wandel befindet. Zeichnet sich dieser Wandel im Moment noch in erster Linie durch kilometerlange, unvorhersehbare Staus aus, wird in ca. sieben Jahren die erste U-Bahn fertiggestellt worden sein: Eine notwendige Entlastung für die viel zu engen Straßen von Tel Aviv und Umgebung.

Da es auf dem Weg von Tel Aviv nach Jerusalem nur eine schlecht ausgebaute Bahnstrecke gibt, sammelt sich der öffentliche Nahverkehr an der „New Central Bus Station“. Ob Kleinbusse, Sammeltaxis, alte und moderne Linienbusse, hier wird jeder, der Israel bereist, einmal ankommen. Mittlerweile zieht die Bus-Station, die im ärmeren Süden Tel Avivs gelegen ist,

nicht nur Touristen und Pendler an, die von hier in alle Ecken des Landes gebracht werden; sie ist selbst ein Ziel von Touristen und Einheimischen, die mehr erfahren wollen über diesen riesigen Klotz aus Beton, der gemeinhin als „hässlichste Bauwerk des ganzen Landes“ gilt. Das sagt zumindest Yotam. Yotam ist Mitte 30 und bietet einmal im Monat eine Tour durch die belebteren und die völlig vergessenen Gänge dieses Gebäudes an.

Sieben Kilometer hätte man vor sich, würde man einmal eine komplette Erkundungstour wagen wollen. Das eigentliche Leben, so Yotam, spielt sich allerdings nur in einem Bruchteil dieser Gänge und Flure ab. Nicht nur deswegen lädt dieser riesige Terminal zum Verlaufen und Umherirren ein – kein gutes Zeichen für einen Ort, in dem die Masse von Pendlern doch meist hektisch den nächsten Bus erreichen will. „Es gibt kaum jemanden, der sich hier auf Antrieb zurechtfindet. Wenn man den schlecht lesbaren Hinweis- und Wegtafeln folgt, ist man meist schon verloren.“ Entweder weisen sie in die falsche Richtung, geben Stockwerke an, die nicht existieren oder geben einen Einblick in vergangene Zeiten. So wie der Hinweis auf die Abfahrt nach Kairo. „Die kurze Zeit, in der es eine Direktverbindung in die ägyptische Hauptstadt gab, ist lang vorbei.“ Doch Yotam trauert hier nicht den alten Zeiten hinterher, vielmehr ist er fasziniert von den Absurditäten und Legenden, die hier nur wenige wahrnehmen. 1969 wurde mit dem Bau angefangen, eröffnen wollte man einige Jahre später. In Zeiten verspäteter Eröffnungstermine großer Bauten (immerhin gehörte diese Baustelle damals zu einer der drei größten weltweit) darf es nicht wundern, aber dennoch hat sich bis zur Eröffnung 1993 nicht nur die Architektur gewandelt. Die urban legend besagt, der Architekt Ram Karmi – einer der angesehensten in ganz Israel – hätte nach der Fertigstellung nie einen Fuß in den Komplex gesetzt, schon damals war die Kritik an der Bauweise teilweise sehr harsch. Der „Brutalismus“, ein mir bis dato unbekannter Architektur-Stil der Moderne, scheint hier voll zu seiner Entfaltung zu kommen. Ausgelegt für mehr als 1 Million Menschen täglich sollten riesige Wartesäle, 6 Kinos, ein Theater, Restaurants und 1.300 Geschäfte für eine Verkürzung der Wartezeit sorgen und gleichzeitig Hotspot des gesellschaftlichen Lebens werden. Was bleibt, ist eine Abfahrtsebene für Busse, ein in die Jahre gekommener Atomschutzbunker und ein Naturreiservat für Fledermäuse. Aufgrund der Naturschutzbestimmungen und der Dicke und Verhärtung des verwendeten Betons ist ein Abriss des Kolosses praktisch beinahe unmöglich. Wohl selten bietet eine Führung durch ein öffentliches und täglich von Tausenden genutztes Gebäude so viele überrasche Einblicke und versteckte Geschichten, wie dies beim Tel Aviver Busbahnhof der Fall ist.

9. Innovation und Gründergeist – Die Start-Up Nation

Während Jerusalem mit seiner jahrtausendealten Geschichte für seine Sehenswürdigkeiten berüchtigt ist, gilt das gerade einmal hundertjährige Tel Aviv als der lebendigste, offenste und modernste Ort des Landes. Diesen Ruf hat die Stadt am Mittelmeer vor allem durch ihre Innovationsfreude und ihr liberal geprägtes politisches Klima bekommen.

Tel Aviv besitzt laut einer Studie³ das führende Startup-Ökosystem weltweit, außerhalb der USA mit dem Silicon Valley. Dieser Gründer-Kosmos ist Anziehungspunkt für Unternehmer und Investoren aus aller Welt. Viele führende Technologieunternehmen haben besonders innovative Abteilungen mittlerweile nach Israel und dabei meist in den Großraum Tel Avivs verlegt. Grund für diesen Boom ist unter anderem die Armee mit ihren hoch technologisierten Spezial-Abteilungen, die junge Leute in ihren Jahren der Wehrpflicht sehr spezifisch ausbildet. Dazu lernen die jungen Soldaten viel über Führungsqualitäten. Ihnen wird früh vermittelt, was es braucht, Verantwortung für ein Team zu übernehmen.

An einem Sonntagmorgen, der in Israel die Woche beginnen lässt wie der deutsche Montag, besuchte ich „wework“, ein sogenannter „co-workspace“ für junge start-ups und selbsternannte Entrepreneure, von denen Tel Aviv viele hervorbringt. An keinem anderen Ort nach dem Silicon Valley werden so viele innovative Firmen im Hightech-Sektor gegründet wie hier. An wenigen Orten wird technischer Fortschritt so gefördert wie in Israel. Immer wieder traf ich hier auf leidenschaftliche Unternehmer. Das fünfstöckige wework-Gebäude im Herzen Tel Avivs wirkt auf den ersten Blick wie eine große Jugendherberge. Statt sechser Schlafräume wurden hier gläserne Büroräume aneinander gereiht, unterbrochen von gemütlicheren Meeting Räumen, Kaffee-Küchen und einer Bar auf jedem Stockwerk, an der man sich bedienen kann. Ab dem späten Nachmittag, so sagt man mir, beginnt die Zeit für ein von jungen Israelis gebräutes Boutique-Bier. Gearbeitet wird Tag und Nacht, so scheint es. Daher macht man sich den Alltag so gemütlich wie möglich und gönnt sich zum Beispiel ein Feierabendbier zwischendurch, bevor es wieder zurück an den Computer oder ins nächste Meeting geht. Für viele ist ihr Office oder ihr Stockwerk ihr Zuhause, sind die Dachpartys der Ort, an dem sie neue Freunde kennenlernen, Bekanntschaften schließen und nicht selten auf neue Ideen zu ihren Geschäftsvorhaben kommen.

Über Freunde hat Jonathan von diesem „workspace“ gehört. Der 24-jäh-

³ https://s3-us-west-2.amazonaws.com/compassco/Global_Startup_Ecosystem_Ranking_2015_v1.pdf (China, Südkorea und Japan sind aus der Studien ausgeschlossen)

rige US-Amerikaner studiert Kommunikationswissenschaften an einer privaten Universität in Herzliya. Hier arbeitet er nun in seiner Freizeit mit ein paar seiner Studienkollegen an einem Projekt, einer mobilen App, die eines Tages das Leben vereinfachen soll. Mehr will er nicht verraten. Vor zwei Jahren kam Jonathan nach Israel. Er liebt den Fortschrittsglauben in diesem Land: „Egal was passiert, es geht immer weiter. Die Menschen lieben die Zukunft und leben gleichzeitig im Hier und Jetzt.“ Spannend findet er es, sich bei wework einfach inspirieren zu lassen. „Man kann einfach ein Bier auf der Terrasse trinken und kurze Zeit später führt man eine Diskussion über die Technologien der Zukunft. Und das nicht nur mit irgendwem, sondern mit den Leuten, die genau daran arbeiten, die nächste Technik-Generation zu gestalten.“

Wework bietet mittlerweile mehr als 50 dieser Bürogemeinschaften in großen Städten der USA und in Israel. Für Eugen Miropolski, weworks Manager für Israel, spiegelt sein Konzept die Art und Weise wider, wie Menschen heute arbeiten. „Es wird alles immer komplexer, gleichzeitig werden die Menschen flexibler und sind mobiler. Sie wollen an etwas arbeiten, dass sie inspiriert. Das ist nicht nur ein israelisches Phänomen, sondern ein globales.“ Miropolski möchte eine neue „Arbeits-Community“ bauen und prognostiziert eine Zukunft mit einem völlig veränderten Arbeitsklima.

Laut der Sprecherin der Tel Aviver Verwaltung Mira Marcus passen diese neuen Büroplätze, die schnell, günstig und ohne lange Vertragsbindung eine effiziente Arbeitsatmosphäre bieten gut zur Stadt: „97% der start-ups scheitern und werden nicht weiterverfolgt. Mit diesen Bürogemeinschaften können junge Firmen in ihre Idee investieren und brauchen sich weniger um die monatliche Miete zu kümmern.“ Tatsächlich ist die Miete für ein Büro dieser Lage in Tel Aviv unschlagbar günstig. Das Feierabendbier inklusive.

Während oben gearbeitet, geschert und diskutiert wird, findet im Keller des Hauses ein Vortrag über Möglichkeiten der Finanzierung in den ersten 100 Tagen der Firmengründung statt. Experten der Szene helfen wie selbstverständlich weiter, aus Gemeinschaftssinn und kostenlos, versteht sich. Denn wer weiß, welche Netzwerke sich hier schon wieder knüpfen lassen. 20 Leute hören gebannt zu. „Hier lernen auch die alten Hasen von den Jungen und ihren neuen Ideen und Vorstellungen“, erfahre ich von einer begeisterten Zuhörerinnen am Rande.

Blühende Landschaften in der Negev-Wüste, das war eine urzionistische Vision David Ben Gurions, dem Gründervater des Staates Israel. Schon lange ist diese Vision Wirklichkeit. Als ich 2007 das erste Mal im Rahmen eines Universitätsaustauschs nach Israel kam, wurde uns die bedrohliche Lage Israels inmitten einer unwirtlichen Wüstenlandschaft vor Augen geführt. Zwar konnte die Wüste über Jahre hinweg urbar und nutzbar gemacht

werden, doch sank der Pegel des Sees Genezareth rapide und immer neue Ideen der Wasserersparnis wurden diskutiert. Der Nahe Osten ist durch Bevölkerungswachstum, knappe Ressourcen und eine ineffiziente Nutzung der Bewässerungsanlagen eine Problemregion in Sachen Wasserknappheit. Seit einigen Jahren jedoch hat sich das Blatt entschieden gewendet. Und in diesem Fall profitiert von dem Erfindungsreichtum nicht nur eine Firma, ein Land oder eine Region. Israel hat in einigen Bereichen der Wasserwirtschaft international eine Vorreiterrolle übernommen. Die Strategie gegen den Wassermangel besteht nicht nur aus der konsequenten Wiederaufbereitung von Abwässern, dem effizienten Umgang mit Wasser in der Landwirtschaft und der Industrie oder dem achtsamen Gebrauch durch die Bevölkerung: Israelische Meerwasserentsalzungsanlagen sind die große Hoffnung für von Dürre geplagte Länder und Landstriche weltweit. In modernsten Filteranlagen wird aus Salzwasser Trinkwasser gemacht. Weltweit soll es aktuell 12 dieser Anlagen geben. Eine halbe Stunde nördlich von Tel Aviv, in Hadera, wird pro Tag Wasser für rund eine Millionen Menschen aufbereitet.

10. Rawabi – Palästinensische Stadt mit Zukunft?

Eines der zukunftsträchtigsten Projekte innerhalb der palästinensischen Gebiete ist die Stadt Rawabi, zu der mich mein Ausflug in die Westbank führte. Eine Stadt, auf dem Reißbrett entworfen und zwischen Ramallah und Nablus gelegen: Sie soll eines Tages 40.000 Bewohnern nicht nur Platz, sondern auch teils luxuriöse Wohneinheiten bieten.

Das besondere an Rawabi ist, dass das Konzept nicht nur die üblichen städtebaulichen Fragen nach westlichem Vorbild wie Größe der Wohnblöcke, Vergnügungs- und Bildungsmöglichkeiten etc. mit einschließt, sondern auch Fragen nach interreligiösem Zusammenleben – wie es die islamisch geprägte palästinensische Gesellschaft gerade noch so zulässt. So wird in der hochmodernen Plan-Stadt, die zu zwei Dritteln aus Qatar und einem Drittel von dem reichen palästinensischen Unternehmer Bascharal Masri finanziert wird, neben einer Moschee auch eine Kirche gebaut. 11% der Einwohner (im Vergleich zu 2% der Gesamtbevölkerung) sollen hier Christen sein, hieß es im Besucherzentrum, das samt dreidimensionalem Werbefilm, Multimedia-Simulationen und Erklär-Tafeln einen futuristischen Eindruck vermittelt. Rawabi soll seinen Einwohnern „einen Lebensstil ermöglichen, den sie aus westlichen Filmen kennen“, heißt es. Ein Krankenhaus, ein eigenes Schulsystem, ein Freizeitbad, Kinos, ein Luxus-Hotel und ein Einkaufszentrum mit weltbekannten Marken soll es geben.

Ein Kulturzentrum und das riesige Amphitheater im römischen Stil mit

15.000 Plätzen sollen nicht nur die Anwohner begeistern, sondern die Stadt zu einem Anziehungspunkt für alle umliegenden Städte machen. Ob hier eines Tages Juden und Palästinenser gemeinsam feiern, daran wird sich der hedonistische Charakter dieses durchaus imposanten Bauwerks messen lassen müssen. Eine mögliche Partnerstadt ließe sich schon erahnen: Rawabi bedeutet auf Arabisch „Hügel“, Tel Aviv ist hebräisch für „Frühlingshügel“.

Vorher müssen jedoch noch einige Hindernisse überwunden werden. So beklagte sich der Guide im Besucherzentrum über das hiesige „Wasser-Problem“. Viele Herausforderungen habe man schon gemeistert, nicht immer waren die Israelis schuld, aber dennoch: „Genehmigungen dauern hier immer extrem lange. Die Genehmigung zur Verbreiterung der Zufahrtsstraße sowie die Wasserversorgung sind nach wie vor ungeklärt.“ Rawabi liegt in der Zone A des Autonomiegebietes, die vollständig unter palästinensischer Kontrolle steht, doch die Anfahrt zur Stadt und auch die Wasserleitungen führen durch von Israel kontrollierte Gebiete.

Stolz sind sie in Rawabi nicht nur darauf, welchen Stellenwert ihr Projekt international bekommt, UN-Chef Ban Ki-moon war hier, ebenso US-Außenminister John Kerry, sondern auch darauf, etwas Wichtiges für die palästinensische Gesellschaft zu tun. Mit 8.000 – 10.000 Jobs im Bau ist Rawabi bei weitem der größte privatwirtschaftliche Arbeitgeber in den Gebieten der Westbank. Einmal gänzlich fertiggestellt erwartet man um die 3.000 – 5.000 reguläre Jobs im Kultur- und Wirtschaftssektor, so Amir Dajani, ein leitender Direktor des Städtebauprojekts.

11. Fünf Minuten nach Gaza – Die Stadt Sderot

Seit Eröffnung der neuen Bahnstrecke ist die Stadt Sderot nur noch 50 Zug-Minuten von Tel Aviv entfernt. Doch regelmäßig liegen zwischen den beiden Orten Welten. Auf den Hügeln der süd-israelischen Stadt stehend zeigt mir David F. die „Skyline von Gaza“, die sich am Horizont klar abzeichnet. David ist vor 5 Jahren aus den USA nach Sderot gezogen. Bewusst hat er sich für diese Stadt entschieden, um ein Zeichen zu setzen. Der 57-jährige will sich nicht einschüchtern lassen von den Raketen und Angriffen aus dem ebenso verarmten wie bevölkerungsreichen Küstenstreifen. Nur wenige hundert Meter sind es von hier oben bis zur Grenze. Dort drüben regiert die Hamas, eine radikal-islamische Gruppe, die 2006 die Wahlen und somit die Macht über die 1,5 Millionen Bewohner Gazas gewann. „Das ist der Dank“, sagt David, „dafür, dass wir 2005 alle Siedlungen dort geräumt und uns aus Gaza zurückgezogen haben. Seitdem fliegen uns regelmäßig die Raketen um die Ohren.“ Doch daran hätten sich die Menschen in

Sderot beinahe gewöhnt. Was hinzugekommen sei, ist die Angst vor Kämpfern, die israelisches Territorium durch Tunnel erreichen, was eine besondere Qualität von Angriffen zulasse. „An manchen Orten hört man sie sogar graben und die Wände vibrieren. Es ist unheimlich. Und die Armee wartet ab und schaut zu.“

Dieser Tunnelbau hat für David vor allem psychologische Folgen. Angriffe durch Raketen aus der Luft seien gewissermaßen Routine, die Angriffe aus dem Boden hätten eine neue Dimension: „Diese Tunnel erinnern an einen Science Fiction Film. Überall können plötzlich Hamas Kämpfer aus dem Boden springen und vor einem stehen. Jeder in Sderot hat Angst, dass die Hamas plötzlich im eigenen Keller steht.“ Trotzdem hofft er derzeit auf ein paar Jahre der Ruhe: „Nicht, dass die Hamas plötzlich Friedensengel geworden wären, aber sie hat mit Feinden im eigenen Land wie dem Islamischen Staat zu kämpfen und die Grenze zu Ägypten wird besser kontrolliert seitdem die Muslimbrüder nicht mehr an der Macht sind. Die Hamas braucht Zeit, um sich zu erholen.“

David führt mich durch die ziemlich verschlafen wirkende Kleinstadt. Immer wieder halten wir an. Er verweist auf Details, die bei einem gewöhnlichen Stadtpaziergang ohne Beachtung geblieben wären: auf Explosions-Splitter an Hauswänden, durch direkte Raketentreffer eingebrochene Mauern und genaue Einschlagspunkte in der Straße, die an ihrer typischen Form, wie sie eine Qassam-Rakete hinterlässt, zu erkennen sind. David nennt die Form den „Qassam-Farn“ wegen seines versprenkelten Musters, das an ein Farnblatt erinnert.

Gerade Spielplätze, Bushaltestellen und Schulen in der 20.000 Einwohner großen Stadt erinnern an klotzartige Bauten aus den 60er Jahren. Der Grund ist jedoch nicht die einem bestimmten Baustil entsprechende Architektur, sondern hier geht es um lebensrettende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Raketen und den umherfliegenden Splintern. Eine von zwei Seiten begehbare und bunt bemalte Raupe lacht die Vorbeikommenden an jedem Spielplatz des Ortes an. Festes Gemäuer mit eingelassenen Stahlträgern schützt die darin Schutzsuchenden im Zweifelsfall vor der Explosion. 15 Sekunden Zeit haben die Menschen hier, sich in Sicherheit zu bringen, nachdem über Lautsprecher eine Stimme mit den Worten ertönt: „Zeva Adom“ (Farbe Rot).

Wenn eine Rakete im Verwaltungsbezirk des Ortes einschlägt, dann landet sie in der Asservatenkammer der Polizeistation. Man hat sich hier an Besuchergruppen und Journalisten gewöhnt, die sich ein Bild von den Waffen der Hamas und konkurrierender islamistischer Bewegungen in Gaza machen wollen. Ein junger Polizist führt mich ohne weitere Nachfragen an den Büros vorbei in den Hinterhof. Dort sind die Geschosse, die auf israelischen

Feldern und Wiesen, aber auch in Familienhäusern, auf Spielplätzen oder dem Uni-Campus explodierten, aufgestellt. Eine Rakete landete neben der größten Tankstelle inmitten des Ortes. Um Haaresbreite wäre es hier zu einer riesigen Explosion gekommen, mit vermutlich Dutzenden Toten. Zu vielen der Raketen gibt es Geschichten wie diese. Ein Polizeieinspektor schildert die Besonderheiten seiner Arbeit: „Während Polizisten in den meisten Städten des Landes Kriminelle jagen oder der Bevölkerung helfen, ist es unsere Aufgabe jederzeit wachsam zu sein und den Menschen dabei zu helfen, ein einigermaßen normales Leben führen zu können. So schwer das manchmal ist, umso wichtiger ist es, dass wir hier sind.“

Das Sderot Media Center ist eine Institution im Ort und will über das Schicksal des Ortes aufklären. Vor allem ausländische Touristen und Journalisten sollen so erreicht werden. Viele hundert Auslandsreporter haben die Führungen und Informationen der Non-Profit Organisation bereits in Anspruch genommen. Besonders zu Zeiten der Eskalation und des Krieges sei man hier von News-Teams aus der ganzen Welt belagert. Die Macher sind froh, auf diesem Weg Einfluss zu haben auf die Berichterstattung und darauf, dass die Welt erfährt, dass es seit fast 15 Jahren tausende Raketen waren, die die Region getroffen haben. Dabei kamen mehr als 30 Menschen ums Leben, darunter jüdische Israelis, Beduinen, Drusen. Auf meinem Rückweg nach Tel Aviv erfahre ich noch, dass ich gerade im „bestgesicherten Bahnhof der Welt“ stehe. Der Bahnhof ist gleichzeitig ein Bunker und sein Dach stabil genug, mehreren direkten Einschlägen auch größerer Raketentypen standzuhalten.

12. Israels alte und neue Bewohner – Ein Besuch bei den Drusen

Wenn es um das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien, Kulturen und Religionen geht, dann ist Israel eines der eindrucksvollsten Länder der Welt. Kein Land hat so viele Flüchtlinge aufgenommen wie der jüdische Staat. Seit der Gründung 1948 musste Israel wie kein anderes Land auf die Einwanderung setzen, um als Staat zu überleben. „Nächstes Jahr in Jerusalem“, ist der traditionelle Wunsch am jüdischen Pessach-Fest, das die geschichtliche Verbundenheit der Juden mit dieser Region ausdrückt. Und so kam es, dass kürzlich mit Menschen aus allen Teilen der Welt die Marke von acht Millionen Einwohnern überschritten werden konnte. Diese Einwanderungswelle ist trotz zionistischer Ideale alles andere als problemlos verlaufen. Im Gegenteil, auf die Einwanderungswelle von über einer Million Russen in den 90er Jahren zum Beispiel war Israel nicht vorbereitet und viele Russen beklagen auch heute noch eine gewisse Diskriminierung.

Durch das leistungsfähige russische Bildungssystem kamen sehr viele Ärzte und Ingenieure nach Israel, von denen viele nur in schlechtbezahlten Aushilfsjobs unterkamen. Jüdische Einwanderer aus Äthiopien teilen ein ähnliches Schicksal.

Die allgemeine Wehrpflicht, die drei Jahre für junge Männer, zwei für Frauen gilt, wird oft als ein zentrales Element eines egalitären Zusammenlebens und der Integration von Minderheiten beschrieben. Wer Wehrdienst und somit einen Beitrag zum Überleben des Staates leistet, der wird dadurch als Teil der Gemeinschaft anerkannt. Nicht selten bemisst sich die gesellschaftliche Stellung auch am Rang in der Armee. Während für jüdische Israelis der Militärdienst obligatorisch ist, ist er den arabischen Israelis freigestellt. Nur wenige entscheiden sich, oft auch wegen des enormen Drucks aus dem Umfeld, für den Dienst bei den Verteidigungsstreitkräften.

Nicht so bei den Drusen. Inmitten eines Nahen Ostens, der sich entlang von Glaubensrichtungen und Ideologien immer weiter separiert, hat die Beziehung von Drusen und Israelis einen vorbildlichen Charakter. 130.000 Drusen leben in Israel, hauptsächlich in Bergdörfern im Norden, wo sie etwa gemeinsam mit Arabern oder in beinahe homogenen drusischen Dörfern wohnen. Jaber treffe ich auf einer langen Busfahrt aus Eilat im tiefen Süden Israels nach Tel Aviv. Sitzplätze für die Busfahrt sind Donnerstagsabends heiß begehrt und so ist jeder Sitzplatz mit einer eigenen Nummer belegt, die man durch den Kauf des Tickets erwirbt. Während sich Eilat auf die nächste Partynacht mit Schülern, Studenten und Wehrdienstleistenden aus dem ganzen Land einstellt, fahre ich durch die dunkle und kalte Wüste gen Norden. Mit Jaber komme ich schnell ins Gespräch. Nachdem er mich die Hälfte der Fahrt über Deutschland, europäische Städte, Einwanderungspolitik und den FC Bayern ausfragt, habe ich danach die Gelegenheit, mehr über sein Leben als arabischsprachender, weltoffener Druse zu erfahren. Am Ende der Fahrt gibt es schon die erste Einladung zum Besuch von Yarka, einem drusischen Dorf mit mehr als zehntausend Einwohnern, fast 100 Prozent davon Drusen. Einige Tage später besuche ich ihn. Die öffentliche Verkehrsanbindung, also die Busfahrt in den Norden, gleicht einer Odyssee, doch konnte ich mir so auf der Rückfahrt noch Akko, eine der ältesten Städte der Welt ansehen, die ich – zu Unrecht – nicht auf meiner Reiseroute vorgesehen hatte.

Als eine Art Geheimreligion im 11. Jahrhundert gegründet, verehrt das Drusentum einen bunten Mix aus verschiedenen Propheten, nämlich Moses, Jesus und Mohammed. Die Drusen gehen davon aus, dass sie als Druse wiedergeboren werden, also zurückkehren in die Gemeinschaft. Ein Missionierungseifer ist den Drusen daher fremd. Ihr heiligster Ort liegt unweit des Sees Genezareth in Israels Norden. Hier liegt nach Überlieferungen das Grab Jethros, des Schwiegervaters Moses'. Dieser soll, so erzählt Jaber die

Geschichte in einem Duktus von Lagerfeuergeschichten eines alten Pfadfinders, die Israeliten während des Exodus aus Ägypten begleitet und sich für den Monotheismus entschieden haben. Jethro gilt als der spirituelle Gründer der Drusen. Zu seinem Grab gibt es regelmäßig Pilgerfahrten. Jaber, der mich in einem kleinen Café des Ortes empfängt, zeigt mir Bilder seiner Pilgerreise zum Grab, geschmückt mit drusischen und israelischen Fahnen.

Nur zehn Prozent der Drusen können sich als Gelehrte bezeichnen und haben einen fast elitären Einblick in die Schriften der drusischen Überlieferung. Strenge Rituale oder besondere Zeremonien gibt es bei den Drusen kaum, es wird jedoch auf Schweinefleisch, Rauchen und Trinken verzichtet. Jaber ist stolz auf die Stellung der Frau in der drusischen Kultur. Denn „im Gegensatz zu vielen arabischen Familien ist die Frau bei uns viel selbstbestimmter und arbeitet auch außerhalb des Hauses.“ So weltlich und offen das Miteinander hier aussieht, so sehr mag es erschrecken, wenn es zur Heiratspolitik kommt. Mit Juden, Christen, Muslimen gemeinsam feiern, leben, kämpfen: kein Problem. Doch geheiratet wird stets nur eine andere Drusin oder ein anderer Druse. Ehrenmorde sind auch in der drusischen Gesellschaft ein großes Problem.

Nicht immer jedoch war das Zusammenleben zwischen Drusen und Israelis so friedlich wie heute. 1948 wurde Israel im Unabhängigkeitskrieg bekämpft. Doch bereits 1956 wurde der Militärdienst von der drusischen Gemeinschaft als regulärer Teil der Staatsbürgerpflichten akzeptiert. Seitdem dienen mehr als 80 Prozent der drusischen Männer in der israelischen Armee und auch drusische Frauen haben es in hohe Stellungen gebracht. Hamad, der bei Jaber „wie ein Bruder“ ein und ausgeht und sich dazugesellt, betont die besondere Courage, die von „seinen Jungs“ ausgeht: „Es gibt prozentual gesehen viel mehr Drusen in Kampfeinheiten als israelische Juden. Das sagt doch alles über unsere Solidarität mit den israelischen Brüdern.“

Hamad war selbst in solch einer Kampftruppe und beschwört noch heute die Moral und Brüderlichkeit, die er erlebte und die er auch heute noch spürt, wenn er teilweise mehrmals im Jahr eingezogen wird, um den Umgang mit der Waffe nicht zu verlernen. „Heute habe ich Freunde aus Tel Aviv, Arad, Beer Sheva, aus ganz Israel. Eine so intensive Zeit wie in der Armee schweißt unglaublich zusammen.“ Wie sich sein Verhältnis zu Israel seitdem verändert hat, möchte ich wissen. „Natürlich wird man durch die Armee noch einmal ganz besonders geprägt. Man lernt viel über die israelische Kultur und Geschichte. Was mich am meisten beeindruckt hat war, so viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Meinungen kennengelernt zu haben. Gerade heute, wenn man sich ansieht, was um uns herum passiert, weiß man, wie wichtig es ist, dass wir zusammen stehen und das Land verteidigen.“

Drusen leben nicht nur in Israel, sondern hauptsächlich noch im Libanon und in Syrien. Daher vergleichen die beiden häufig die eigene Lebenssituation mit der ihrer Glaubensbrüder. Der Fakt, dass die Drusen als eine Untergruppe israelischer Araber, solch einen positiven Umgang mit den Gegebenheiten innerhalb des Staates Israels wählen, birgt Hoffnung für eine kooperative Zukunft des Landes. „Wir Drusen stellen uns generell gut mit den Regierungen und Staaten in denen wir leben. Da wir so eine kleine Gemeinschaft sind, ist dies der einzige Weg unser Leben zu sichern und den Wohlstand zu erhalten.“ Strategische Allianzen zur Überlebenssicherung.

Etwas komplizierter sieht es mit einem kleinen und am weitesten nördlich lebenden Teil der drusischen Gemeinschaft aus. Rund 17.000 Drusen leben in vier Dörfern auf den Golanhöhen und sind in ihrer Mehrheit aus Tradition heute noch Anhänger des syrischen Assad-Regimes, das vor der israelischen Besetzung der Golanhöhen 1967 hier herrschte. Anfang der 80er Jahre, nach der Annexion des Landes, bot der israelische Staat den dort wohnenden Drusen die Staatsbürgerschaft an, weniger als zehn Prozent haben diese bis heute angenommen. Warum? „Das hat vielschichtige Gründe“, so der 28-jährige Jaber. „Einer der Gründe ist auch, dass die Drusen es mit dem jeweils herrschenden Regime gut halten möchten. Immer wieder wurde über viele Jahre der Status des Golan diskutiert. Hätte plötzlich hier wieder Syrien das Sagen, bekäme man mit einem israelischen Pass ganz schnell Probleme.“

Von den speziellen „drusischen Pizzas“, den drusischen Männern mit ihren Hosen und geschwungenen Schnurrbärten, bis hin zur Geschichtswelt, den Mythen und Vorstellungen war dieser Reiseabschnitt ein besonderes Erlebnis. Es wird sich lohnen, diese Geschichte zu verfolgen und den Drusen in Zukunft eine höhere Aufmerksamkeit zu schenken, wenn über Fragen der Koexistenz in Nahost gesprochen werden wird.

13. Gemeinsam leben in Haifa

Während Drusen, Muslime und Juden es häufig vorziehen in ihren Dörfern unter sich zu bleiben, ist Haifa ein Beispiel eines erfolgreichen Zusammenlebens. Knapp 20 Prozent Araber leben hier, Muslime wie Christen. Haifa liegt in Nordisrael, direkt am Meer und dennoch auf 475 Metern Höhe. Sich in Haifa zu Fuß zu bewegen ist daher anstrengend und aufregend zugleich. Der mühselige Weg nach oben, wenn man am Bahnhof ankommt, wird belohnt mit grandiosen Aussichten allenthalben. Der auf dem höchsten Hügel der Stadt gelegene Uni-Campus zählt wohl zu einem der schönsten Orte, an dem Studenten ihre Vorlesungspausen verbringen können. Mit

Blick auf die Bucht von Haifa auf der einen Seite und auf das Karmel-Gebirge auf der anderen Seite, bietet sich ein imposanter Rundumblick.

Haifa, mit seinen mehr als 270.000 Einwohnern gilt als Studentenstadt. Und als liberal. „In Jerusalem wird gebetet, in Haifa gearbeitet, in Tel Aviv gelebt“ besagt ein bekanntes israelisches Sprichwort, das beinahe jeden Reiseführer zielt. Gearbeitet wird auch in Haifa hauptsächlich im Bereich Hi-Tech. IBM, Intel, Philips, Google oder Microsoft haben hier Produktions- oder Forschungseinrichtungen angesiedelt. Der pragmatische Charakter dieser Arbeiterstadt zeigt sich zum Beispiel daran, dass hier samstags, also am Sabbat, öffentliche Verkehrsmittel fahren – wie sonst in keiner anderen Stadt.

Barak ist ein Israeli mit marokkanischen und libyschen Vorfahren. Er ist in Haifa groß geworden und studiert Geschichte an der Uni mit dem wunderschönen Campus. Ich treffe ihn auf einen Cappuccino in der Mensa. Mir wurde gesagt, niemand kenne das Nachtleben so gut wie der 28-jährige. Hier in Haifa sollen Araber und Juden zusammen feiern, hier soll sich eine spannende arabische Subkultur etabliert haben, die sich obendrein den Kampf gegen Homophobie und für Säkularismus auf die Fahnen geschrieben haben. „Nirgends sonst“, so Barak, „verbindet sich die arabische Mentalität mit einer weltlichen Offenheit wie hier. Niemand muss sich wegen seiner Herkunft, ob arabischstämmiger Jude, palästinensischer Araber oder arabischer Christ, verstecken.“ Wenn Barak euphorisch von dem harmonischen Zusammenleben erzählt, klingt es so, als würde der Nahost-Konflikt hier keine Rolle spielen. „Es gab eine Zeit, da herrschte hier Angst und Misstrauen. Es gab Anschläge palästinensischer Selbstmordattentäter auch auf Orte, die symbolisch waren für das Zusammenleben, wie eine bei Arabern und Juden beliebte Bar in der Innenstadt. Heute verstecken wir uns gemeinsam vor den Raketen der Hisbollah.“

Während es in den meisten arabischen Dörfern und Gemeinden nach wie vor sehr streng zugeht, was die Auslegung traditioneller islamischer Moralvorstellungen angeht, zieht Haifa jene an, die sich dagegen wehren wollen – oder müssen. Ein Abend mit seinen schwulen und arabischen Freunden in einer Bar sei immer auch politisch: „Wo gehen in Israel Juden mit Arabern schon gemeinsam aus? Als Araber hat man es nicht einfach, wenn man Spaß haben und das Nachtleben genießen möchte. Von israelischer Seite und auch von Seiten der eigenen Familie.“

Nicht nur gefeiert wird gemeinsam, sondern auch studiert. „Gerade der Austausch mit arabischen Studenten macht das Studium täglich zu einer neuen und spannenden Erfahrung“ meint Barak. Rund 4.000 der 18.000 Studenten sind Israelis arabischer Herkunft. Natürlich sei man sich nicht bei allem einig, zum Beispiel was die Geschichte des Zionismus angeht oder die

Behandlung der Palästinenser in der Westbank. Doch im Gegensatz zu weiten Teilen der palästinensischen Gesellschaft, wisse man hier, was zu einer „Forderung für ein freies Volk gehört, nämlich ebenso die Forderung nach persönlicher und individueller Freiheit.“ Dieser Grundsatz sei es, der sie hier alle vereine.

14. Israel und seine Nachbarn: Das haschemitische Königreich

Um herauszufinden, was die arabischen Nachbarn über den jüdischen Staat denken, lohnt sich ein Ausflug über die Staatsgrenzen hinweg. Israel ist umgeben von vier Nachbarstaaten, von denen nur zwei aus Israel zugänglich sind. Mit Ägypten und Jordanien hat Israel einen Friedensvertrag schließen können und verfügt heute über einigermaßen stabile diplomatische Beziehungen. Da der Sinai, die ägyptische Halbinsel, die Israel von 1967 bis 1982 besetzt hielt, durch Islamisten des Islamischen Staates und eine Großoffensive des ägyptischen Militärs aus Sicherheitsgründen nicht in Frage kam, blieb Jordanien als zweite Option. Die Grenze kann an drei verschiedenen Grenzposten überquert werden, von denen die Grenze zwischen dem israelischen Hafentort Eilat und dem einzigen jordanischen Meereszugang Aqaba die günstigste ist. Nicht nur der Gebühren wegen – denn beide Städte sind inmitten von steuerfreien Zonen gelegen – sondern auch wegen der Organisation auf beiden Seiten. Offiziell heißt dieser Grenzübergang „Wadi Araba“ und wurde im selben Jahr der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Jordanien und Israel 1994 eröffnet. Da für diese Exkursion nur wenige Tage vorgesehen waren, war es ratsam, Reiseroute und Unterkunft im Vorfeld genau festzulegen.

Ein freundliches „welcome to our country“ gehört ebenso zum guten Ton, wie der Verweis fast aller Jordanier, die ich traf, auf ihre ethnische Herkunft. „Ich bin ein echter Jordanier, 100 Prozent“, so wurde vielfach versichert. Die Geschichte Jordaniens ist unmittelbar mit der Geschichte der Palästinenser verbunden. Immer wieder gab es Einwanderungs- und Flüchtlingsbewegungen von Palästinensern nach Jordanien. Nicht umsonst sehen viele in Jordanien den eigentlichen Staat Palästina. Der Anteil von Palästinensern in Jordanien beträgt nach jordanischen Schätzungen 6 Prozent, nach Schätzungen aus dem Ausland sind es jedoch mehr als 50 Prozent; genaue und verlässliche Zahlen dazu gibt es nicht.

Die erste Station führte von Aqaba ins nahe gelegene Wadi Rum, der Heimstätte des nach wie vor omnipräsenten Lawrence von Arabien, der dieses Wüstental spätestens durch die autobiografische Verfilmung des Lebens von Thomas Edward Lawrence nachhaltig prägte. Das Wadi Rum gilt heu-

te als eine der Top-Touristenattraktionen in Jordanien und wird durch die ansässigen Beduinenstämme geführt. Durch eine Jeep-Tour lassen sich die besten Eindrücke gewinnen. Samy ist 21 und unser Fahrer. Er ist Anwärter auf eine Laufbahn innerhalb der eigenen Beduinen-Polizei, wie er voller Stolz erzählt. Diese besondere Polizei-Einheit kümmert sich zum einen in den Stammesgebieten um das Zusammenleben der Beduinen und fungiert zum anderen als englischsprachiger Repräsentant für Touristen. Bevor Samy die Zulassung an der Polizeischule in Amman bekommt, muss er eine Reihe von Boot Camps absolvieren. In der Zwischenzeit zeigt er Touristen in einem offenen Jeep seine Heimat: die Wüste des Wadi Rum. Begeistert schwärmt er von der besonderen Beziehung der Beduinen zur Natur. Für ihn zeichnet sich „seine Wüste“ hauptsächlich durch 3 Elemente aus: „Die Weite, die Ruhe und die Schönheit der Landschaft sind für mich Grund genug, nie von hier in die Stadt ziehen zu wollen.“ Stolz ist Samy auch auf seine Familie, die insgesamt mehr als 1.000 Mitglieder umfassen würde. Man kenne sich in diesem knapp sieben Millionen Einwohner zählenden Land, oder kenne eben jemanden aus der Familie, die stets am gleichen Nachnamen zu erkennen ist.

Zum Abschluss des Jeep-Ausflugs steuerte er ein Zelt seines Cousins Mohammad an. Man solle hier bei einem Tee die berühmte Gastfreundschaft der Beduinen genießen. Am Abend ging es dann aus der Wüste direkt weiter nach Wadi Musa, einem kleinen Ort am Eingang nach Petra, dem unangefochtenen Touristen-Highlight des Landes. Seit zwei Jahren würde hier der Tourismus mit rasantem Tempo zurückgehen, sagt man mir. Mohammad bedient in einem kleinen Restaurant auf der Hauptzufahrtstraße nach Petra. „Die Angst vor den verrückten Islamisten rings um unser Land ist groß.“ Dabei sei Jordanien sicher, findet er. Die Hotels ringen mit Vergünstigungen und großen Werbetafeln um jeden Gast. Man merkt, wie die wirtschaftliche Situation die Leute deprimiert. Mohammad: „Wenn das so weiter geht, wird es hier bald eine Geisterstadt.“ Die einzigen Touristen, die einem hier am Abend über den Weg laufen, sind Israelis. Sie sind angetan von der Freundlichkeit im Land. Man könne sogar offen sagen, dass man aus Israel kommt, nicht selbstverständlich für ein arabisches Land. Yuval ist mit seiner Familie hier und ein gestandener Globetrotter. Nachdem er mit seiner Frau und drei Kindern im letzten Jahr vier Wochen durch Südostasien reiste, ist er nun begeistert von der Gastfreundschaft des arabischen Nachbarstaates: „Ich hatte nie Probleme, alle waren zuvorkommend und hilfsbereit. Auch wurde nie versucht, uns über den Tisch zu ziehen, wie man das aus manchen ärmeren Ländern kennt. Natürlich muss man auch hier wissen, wie man richtig verhandelt, um einen guten Preis zu erzielen, aber danach geht es völlig korrekt zu. Letztlich sind es doch auch unsere arabischen Brüder.“

Während der 2-stündigen Taxifahrt aus Petra zurück an die israelische Grenze entbrennt eine hitzige Diskussion mit dem Fahrer über die Geschichte des Landes, die Beziehung seiner Landsleute zum König und den ambivalenten Umgang mit dem jüdischen Nachbarn. Es ist ihm anzumerken, wie sehr er versucht, einen liberalen und offenen Eindruck des Landes zu verbreiten. Der sympathische Versuch, aus seinem Land eine Art letzte Bastion der Aufklärung gegen das Böse und allen voran gegen den IS zu machen, endet jedoch in der barschen Abwehr unangenehmer Nachfragen. Keine Frage, sein Erzfeind ist nicht Israel, mit Juden kommt er im Alltag gut zurecht, und doch schleicht sich ein eigenwilliger Hang zur Verschwörung ein, je weltpolitischer es wird. Denn bei den Schimpftiraden gegen den IS bleibt es nicht bei der Frage, was denn das leitende Motiv für diesen modernen Terrorismus sei. Radikaler Islam, gekränkte irakische Militärs, manifester Antisemitismus? Nein. Die Antwort ist für ihn weit weniger komplex. Denn „wie können ein paar Islamisten in so kurzer Zeit eine so große Gegend erobern?“ Die Frage ist rhetorischer Natur. Er setzt die Antwort darauf voraus bzw. bleibt eine konkrete Antwort höflicherweise schuldig. Für ihn steht fest: „Das geht nur mit der Hilfe eines bestimmten Staates, der immer wieder versucht zu bestimmen, wie die Welt sich zu verändern hat.“ Eine unvoreingenommene, rationale Diskussionskultur, die sich an der Qualität ihrer Argumente misst, ist in vielen arabischen Gesellschaften nur sehr sporadisch vorhanden. Man teilt ein Ressentiment; bewusst oder nicht wird vorausgesetzt, dass man – in diesem Fall – schon wisse, wer so skrupellos und gierig zugleich sein könne, eine barbarische Terrorgruppe wie den IS zu unterstützen. Ich erinnere mich: Zwei Wochen zuvor saß ich in einem kleinen Cafe an der Küste der pittoresken arabischen Stadt Akko. Im Gespräch mit einem – laut Selbstdefinition – „waschechten Palästinenser“ mit israelischem Pass kamen wir ebenso auf die aktuellen Umbrüche in der arabischen Welt zu sprechen. Für ihn war klar, dass der israelische Mossad den IS auf höherer Ebene steuere und Ausbildungslager für die Islamisten unterhalte. Als Begründung lieferten mir beide – der jordanische Fahrer und der Palästinenser aus Akko – unterschiedliche Theorien. Was sie vereint, ist ihre irrationale Obsession, für das offensichtliche Elend in der Welt den Grund in einer diffusen jüdischen Verschwörung zu suchen.

15. 50 Jahre Deutsch–Israelische Beziehungen

Im Rahmen von 50 Jahren Deutsch–Israelischer Beziehungen veranstaltete die Deutsche Botschaft am 2. November ein Konzert mit Idan Raichel und Andreas Scholl. Raichel, dessen stilbildender Musikmix gemein-

hin als „Weltmusik“ gilt, ist mit seinen 38 Jahren einer der erfolgreichsten und bekanntesten Musiker Israels. Ausgedehnte Welttourneen hat er hinter sich. Er ist der Chart-Stürmer der modernen Pop-Musik in Israel und begeistert durch eine Mischung nahöstlicher und äthiopischer Musik mit elektronischen Einflüssen. Der ebenso weltbekannte Countertenor Andreas Scholl auf der anderen Seite steht für die alte Schule, melancholisch-nachdenkliche Lieder des Barock. Die Klavierkompositionen von Haydn, Mozart, Schubert und Brahms, die ihn begleiten, stammen von seiner Frau Tamar Halperin, einer Israelin, die ihn vor vielen Jahren mit ihrem Heimatland in Verbindung brachte, das er seit dem regelmäßig besucht. Das Paar wohnt heute in einem Dorf in Deutschland. Diese deutsch-israelische Beziehung war es schließlich, die Scholl auf den Gedanken brachte, mit seiner Musik neue Wege zu gehen. So kam es zu diesem spannenden Projekt mit Raichel und zur Kooperation mit der Deutschen Botschaft, die dieses Konzert organisierte, eins der wenigen in diesem Jahr, bei dem man die beiden gemeinsam live auf der Bühne erleben konnte. „Musik ist die verbindende Sprache hier, sie kann sich über alle Grenzen hinwegsetzen. Wenn man auf der Bühne steht und musiziert, spielen andere Ansichten keine Rolle. Man lernt sich auf eine ganz andere Weise kennen.“ Gegensätze könnten so überwunden werden, sagt Scholl nach dem Konzert, begeistert von der Stimmung des israelisch-deutschen Publikums, das die beiden frenetisch feierte. Und das obwohl Idan Raichel wegen einer schweren Halsentzündung selbst nicht singen konnte. Er dirigierte seine Band souverän durch das spontan umgestellte Programm. Die 500 Zuhörer – unter ihnen die ehemalige israelische Justizministerin Tzipi Livni – quittierten die zweistündige Show der beiden Welt-Musiker mit tosendem Applaus und Standing Ovationen.

16. Rückblick

Kurz nach meiner Rückkehr nach Deutschland, werden zwei junge Männer in einer Bar auf der belebten Dizengoff Straße erschossen. In den Cafés und Bars dieser Nachbarschaft traf ich häufig Bekannte und Gesprächspartner. Gerade an einem Freitagmittag, an dem die Tat passierte, ist die Straße mit jungen Israelis gefüllt, die hier bei einem Bier das Wochenende beginnen. Der Täter, ein arabischer Israeli, ist noch auf der Flucht. Ob er vom palästinensischen Nationalismus inspiriert ist und dem politischen Willen der Hamas, den Kampf gegen Juden und Israel bis zum Ende zu führen oder ob er sich der Ideologie des IS verschrieben hat? Die genauen Hintergründe dieses Terroranschlags sind noch unklar. Doch das Leben im Zentrum Tel Avivs hat sich wieder normalisiert, höre ich. Israel hat sich an diesen Terro-

rismus gewöhnt ohne abzustumpfen. Doch dieser Anschlag steht stellvertretend nur für die eine, die traurige Seite des Alltags in diesem Land, das eines der lebendigsten und innovativsten ist, nicht nur im High-Tech Sektor, sondern auch was kritische Berichterstattung und Journalismus angeht. Offene Diskussionskultur und Friedenspädagogik gehen in Form von Bildungs- und Begegnungsstätten, die sich unermüdlich für jüdisch-arabische Verständigung einsetzen, einher. Doch Frieden und harmonisches Zusammenleben lassen sich nicht erzwingen. Der Nahe Osten ist nicht Europa und offene Grenzen führen hier zum Gegenteil dessen, was sie in Europa ausmachen.

Ein liberales, demokratisches Neben- oder gar Miteinander ist ein Prozess, ist ein Weg, der auch gegen Rückschritte verteidigt werden muss. Dabei ist der Israel-Palästina-Konflikt in der Region bei weitem nicht der einzige. Er ist auch nicht entscheidend für die Zukunft der Region. Selbst wenn ein friedliebender, demokratischer Palästinenserstaat an der Seite Israels entstünde, in dem der Wohlstand wächst und eine Mittelklasse heranreift, wäre keines der anderen Probleme im Nahen Osten gelöst. Israel ist nicht für die Barbarei der umliegenden Regime oder des IS verantwortlich; und auch nicht für die schlechte Wirtschaftslage oder den Umgang mit Frauen, der in manchen Nachbarländern an die Behandlung von Schwarzen in Apartheid-Südafrika erinnert. Diese Fragilität und die soziale Rückschrittlichkeit in seiner Umgebung machen Israel, den Staat wie die Gesellschaft in ihrer Mehrheit zu einem besonderen Ort, der auch als ein Symbol der Hoffnung verstanden werden kann. Denn während die Probleme zwischen Arabern und Israelis zwar die bestimmenden Teile der Nachrichtenberichterstattung einnehmen, wurde mir durch verschiedene Exkursionen, zum Beispiel nach Haifa, Rawabi oder zu den Drusen noch einmal deutlich, dass es auch anders gehen kann. Nach den sechs Wochen in Israel bleibt der Eindruck, viel gesehen zu haben und gleichzeitig noch viel mehr kennenlernen zu wollen. Langweilig wird diese schiere Menge an unterschiedlichen Meinungen, Haltungen und Weltanschauungen, die die Menschen hier zwischen Zweifel, Vorsicht und Pragmatismus zusammenleben lässt, sicher nicht. Kaum ein Teil der Welt, für den eine Prognose für die nächsten zwei, drei Jahre schwieriger wäre. Zwischen einem „Es kann nur besser werden“ und einem „Es wird alles nur noch schlimmer“ konnte ich mir alle Standpunkte mit detaillierten Erklärungen anhören.

Viele Seiten von Israel und den Palästinensergebieten habe ich kennenlernen können, von großartigen Zukunftsvisionen bis hin zum alltäglichen Terror und der Resignation. Wie kann es hier also weitergehen, welche Lösungen dieses Jahrhundertkonflikts sind möglich, werde ich häufig gefragt. Über die aktuelle israelische Regierung kann man, wie auch über die politische Führung anderer Länder, sicher diskutieren. Auch über den selbst

in Israel vielfach verdamnten Siedlungsbau kann man geteilter Meinung sein. Doch lohnt es sich, den Kontext zu betrachten, in dem diese Diskussionen geführt werden. Aktuell würde das vielfach geforderte „Ende der Besatzung“, also ein Baustopp jüdischer Wohneinheiten in der Westbank und ein Rückzug israelischer Truppen, keinen Frieden bringen, der seinen Namen verdient hätte. Was danach auf beide Seiten zukäme, ist Spekulation, jedoch ein Risiko, das derzeit keine bedeutende politische Strömung in Israel eingehen würde. Zu düster sind die realpolitischen Aussichten, was da auf palästinensischer Seite – und letztlich wohl auch auf Seiten militanter Siedlergruppen – kommen könnte. Die derzeitige Eindämmung der Gewalt- und Racheakte ist den gut ausgebauten israelischen Sicherheitsbehörden zu verdanken, die gegen gewaltbereite jüdische Siedler ebenso vorgehen wie gegen militante Palästinenser.

Ich konnte während meiner Reise zahllose Diskussionen führen, bis dahin mir völlig unbekanntes Sichtweisen kennenlernen. Das meiste von dem lässt sich in Berichtform nur unzureichend beschreiben, vieles von dem Erlebten konnte nur angerissen, oberflächlich skizziert werden. Die tiefere thematische Recherche zu den gemachten Notizen und noch frischen Erinnerungen wird nun folgen. Denn die Zeit vor Ort verging erwartungsgemäß wie im Fluge, die unzähligen Impressionen werden mich für die nächsten Jahre begleiten und vor allem werden sie mein Bild auf diese Region schärfen. Kontakte, die ich geknüpft habe, werden dabei helfen, mein Verständnis von Israel und Palästinensern immer wieder zu aktualisieren. Dafür möchte ich der Heinz-Kühn-Stiftung danken, die sich trotz anfänglicher Sicherheitsbedenken dafür entschieden hat, mir diesen Aufenthalt zu ermöglichen. Nach fast zehn Jahren war ich der erste Stipendiat in Israel. Hoffentlich werden schon bald weitere folgen, denn ich bin sicher, dass die Konfrontation der israelischen Realität mit oft vorgeprägten Bildern und Einschätzungen mehr als lehrreich für eine offene und ausgewogene Berichterstattung aus Nahost sein kann.